

Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg



# *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte*

*Heft 11*

- Halle 2002 -

**Impressum:** Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.  
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper  
Redaktion: Inga Grebe und Daniel Bohse (v. i. S. d. P.)  
ISSN: 1433-7886

**Druck:** Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

# Inhalt

## **Andreas Malycha**

*Die Hochschulpolitik der SED als ein Aspekt des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in den Jahren von 1945-1949.....5*

## **Anjana Buckow**

*Die amerikanische Regierung und die Ostgrenze Deutschlands nach 1945.....39*

## **Ulrich Pfeil**

*Die DDR als „Druckmittel“ in den westdeutsch-französischen Beziehungen 1966-1969?.....73*

## **Zeitzeugen**

### **Herbert Prieu**

*Impressionen politischer Haft in der DDR.....94*

### **Hans-Dieter**

*Tagebuch 1959-1963.....98*



# Die amerikanische Regierung und die Ostgrenze Deutschlands nach 1945

*von Anjana Buckow*

Als ein Mittel, um zu verhindern, daß Deutschland jemals wieder eine Gefahr für den Frieden darstellen könnte, wurde von den Siegermächten zunächst die Zerschlagung Deutschlands in mehrere Kleinstaaten in Erwägung gezogen. Sie einigten sich schließlich jedoch auf eine Aufteilung des Landes in Zonen und seine gemeinsame Verwaltung.<sup>1</sup> Allerdings war unumstritten, daß Deutschland Teile seines Territoriums verlieren würde: Selbstverständlich würden die Gebiete wieder abgetrennt, die das Deutsche Reich sich zu Unrecht einverleibt hatte, und Österreich würde als unabhängiger Staat wiedererrichtet werden. Aber auch eine Westverschiebung Polens und der zumindest teilweise Verlust der Ostgebiete waren schon vor Kriegsende ausgemachte Sache: Die Sowjetunion wollte ihre durch den Hitler-Stalin-Pakt erzielten Gebietsgewinne behalten, deshalb sollte Polen im Westen entschädigt werden.<sup>2</sup> Doch wie genau die zukünftigen Grenzen verlaufen, welche

---

<sup>1</sup> Nach einer Gesprächsaufzeichnung von Harry Hopkins hatte Stalin das Gefühl, die Briten und Amerikaner lehnten eine Zerstückelung („dismemberment“) ab, weshalb er selbst davon abgerückt sei. Hopkins teilte dem sowjetischen Diktator daraufhin mit, daß die USA die Frage keineswegs als endgültig entschieden betrachteten: „I told him that (he) must not assume that the United States is opposed to dismemberment because he may learn from you [= Truman?] that just the opposite was the case“. Foreign Relations of the United States (FRUS) 1945, III, Washington 1967, S. 318; vgl. Boris Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland. die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953, Hamburg <sup>2</sup>1954, S. 69f. Vgl. ein Positionspapier des Departmental Committee on Germany über „Die politische Reorganisation Deutschlands“ vom 23. Sept. 1943. Das Komitee hat sich einstimmig vehement gegen eine Teilung ausgesprochen; einige seiner Gründe entsprachen denen, die bei Kriegsende vorgebracht wurden (s.u.), doch sprach es sich – aus den gleichen Gründen – auch gegen eine zonenweise Verwaltung durch die Siegermächte aus (National Archives, Washington DC (künftig NA), Microfilm M 1244, Rolle 15, S. 411f, ebenda ab S. 426ff eine 50seitige Analyse über die Pros & Cons einer Teilung vom 27. Juli 1943).

<sup>2</sup> Die Westverschiebung Polens hatten die Alliierten schon 1943 in Teheran beschlossen. In Jalta wurde vereinbart, daß der endgültige Verlauf in einem Friedensvertrag festgelegt werden solle. Robin Edmonds: The Big Three. Churchill, Roosevelt & Stalin in Peace and War, New York 1991, S. 352f, 357f u. 416f; Hermann Graml: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands, Konflikte und Entscheidungen 1941-1948, Frankfurt <sup>2</sup>1988, S.17ff, 23 u. 27ff; Meissner: Rußland, S. 43, und R.C. Raack: Stalin fixes the Oder-Neisse Line, in: Journal of Contemporary

Regionen also weggenommen würden, mußte noch geklärt werden. Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Abtrennung von Gebietsteilen des ehemaligen Deutschen Reiches bildete Deutschland in den Grenzen von 1937/38, vor dem „Anschluß“ Österreichs und der Besetzung des Sudetenlandes.<sup>3</sup> Die Diskussion über mögliche territoriale Amputationen betraf im Westen das Rheinland, das Ruhrgebiet und die Saar. Im Osten ging es um Ostpreußen, wovon die Sowjets das Gebiet um Königsberg für sich reklamierten, um das östliche Pommern, das östliche Brandenburg und um Nieder- sowie Oberschlesien, worauf die Polen Ansprüche erhoben, wobei die Londoner Exilregierung etwas weniger weitgehende Forderungen stellte als das – von den Sowjets dazu ermunterte? – kommunistisch dominierte Nationale Befreiungskomitee in Lublin. In all den genannten Gebieten stellten die Deutschen vor dem Krieg die Bevölkerungsmehrheit oder waren sogar die einzigen Bewohner.<sup>4</sup>

Im Potsdamer Abkommen wurde schließlich festgelegt, daß die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (der westlichen Neiße) bis zur endgültigen Klärung der Frage unter polnische Verwaltung gestellt werden sollten, wobei auch das überwiegend westlich der Oder-Mündung gelegene Stettin sowie die freie Stadt Danzig zu Polen bzw. unter polnische Verwaltung kamen, obwohl im Falle von Stettin das Potsdamer Abkommen unbestimmt war.<sup>5</sup> Bekanntermaßen schafften die Sowjets zusammen mit den Polen durch die Vertreibung vollendete Tatsachen.<sup>6</sup> Hier soll deshalb nur die Diskussion innerhalb der amerikanischen Administration über diese Fragen nachgezeichnet

---

History 1990, S. 470ff. Vgl. auch George F. Kennan: Memoiren, München <sup>3</sup>1982, S. 221ff.

<sup>3</sup> Zum Beispiel NA M 1244, Rolle 15, S. 1225; David McCullough: Truman, New York 1993, S. 426 u. 432f.

<sup>4</sup> Vgl. NA RG 43, Records European Advisory Commission (EAC), General Records, 1943-45, Box 26, Background Material, 1. Januar 1945, Germany - Poland: Boundary Problems: The German-Polish Frontier. In Oberschlesien betrug der Anteil der polnischen Bevölkerungsminderheit über 40 %, nur auf dieses Gebiet könne Polen also einen begründeten ethnischen Anspruch erheben („a strong ethnic claim“).

<sup>5</sup> Potsdamer Kommuniqué IX, B, in: FRUS 1945, II, Washington 1960, S. 1499-1514.

<sup>6</sup> Vgl. Alfred M. de Zayas: Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart <sup>2</sup>1987; Wolfgang Benz (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/M. 1985; Carsten Lilje: Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie als Nebenprodukt alliierter Großmachtspolitik während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. etc. 1995, insb. S. 103ff, 138ff u. 156 sowie Raack: Stalin, S. 467-488.

werden: Welche Regelung der Grenzfrage hätte sie favorisiert? Was versuchte sie, um die eigenen Präferenzen durchzusetzen? War sie sich der Folgen der Potsdamer Regelung bewußt? Welche Haltung nahm sie später zur Grenze ein?

Während man im Außenministerium in Washington noch eifrig Karten mit möglichen Grenzverläufen zeichnete, Rechnungen über die Millionen von den Transfers Betroffenen anstellte und Empfehlungen ausarbeitete, entstand in Mitteleuropa durch Flucht und Vertreibung ein *Fait accompli*, so daß die amerikanischen Pläne keine spürbaren Auswirkungen mehr hatten. Da die Entwicklung in Polen und das sowjetische Vorgehen dort aber mit ein Auslöser für den Kalten Krieg waren, wird an Hand dieser Planungen deutlich, warum die unilateralen Maßnahmen die Amerikaner mit Mißtrauen und bösen Vorahnungen erfüllten. Auch wenn man insgesamt der Einschätzung Michael Hartensteins zustimmen kann, welcher der Frage der deutsch-polnischen Grenze in „der Auseinandersetzung des ‚Kalten Krieges‘ nur eine untergeordnete Rolle“ zuspricht, war sie bei der Entstehung des Konflikts und für das Scheitern der alliierten Zusammenarbeit in Deutschland doch grundlegend.<sup>7</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg habe man die Grenzen den Nationalitäten angepaßt, das brachte Europa aber weder Sicherheit noch Stabilität. Daher, schreibt Karl Dietrich Bracher, habe man nunmehr die „Anpassung der Nationalitäten an die Grenzen“ angestrebt, wodurch Massenumsiedlungen erforderlich wurden.<sup>8</sup> In einem Papier vom 13. Dezember 1944 wurde das amerikanische Interesse so definiert, daß die USA eine Lösung anstrebten, die „ein Maximum an Stabilität und Frieden in Ostmitteleuropa“ garantierte und möglichst wenig Anlaß für spätere Unzufriedenheit und Ärger bot. Schon aus diesem Grund mußten sie Massenvertreibungen eigentlich ablehnen. Die Umsiedlung der Deutschen sollte also „auf ein Minimum beschränkt werden, allmählich stattfinden und in ordnungsgemäßer Weise durchgeführt werden, mit Vorsorge für die Wiederansiedlung und unter internationaler

---

<sup>7</sup> Michael Hartenstein: Die Oder-Neiße-Linie. Geschichte der Aufrichtung und Anerkennung einer problematischen Grenze, Egelsbach etc. 1997, S. 86. Vgl. auch Lilge: Entstehung, S. 159 u. 161. Lilge meint, daß weder Sowjets noch Amerikaner oder Briten den Grenzverlauf für besonders wichtig hielten.

<sup>8</sup> Karl-Dietrich Bracher, Die Krise Europas seit 1917, Berlin <sup>2</sup>1993, S. 238. Vgl. NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/2-545, Economic Implications for Germany of Proposed Territorial and Population Transfers in Eastern Europe.

Beobachtung“. Die Modalitäten der von den Amerikanern anvisierten „geordneten“ Transfers wurden in dem Papier vom Dezember 1944 umfassend ausgeführt, denn – so heißt es dort – als eine der Besatzungsmächte trügen auch die USA Verantwortung und hätten ein Wort mitzureden. Schon vor dem Krieg hatte Polen beim Umgang mit seinen Minoritäten die nötige Beachtung von Minderheitenrechten vermissen lassen, deshalb rechneten die Amerikaner – vor allem, weil nach den deutschen Verbrechen an Polen die polnische Bevölkerung mit Haß gegen die Deutschen erfüllt war – mit Auswüchsen beim Transfer. Gegen einseitige Aktivitäten seitens der Polen oder der Sowjetunion wollten die USA aber Widerstand leisten, sie seien „unzulässig“ („inadmissible“). Im einzelnen forderten sie, die Aufnahmekapazitäten Deutschlands zu berücksichtigen; nur dort Deutsche auszuweisen, wo ihr Verbleib eine Gefahr für Polen darstellte; bevorzugt ausgewählte Individuen und nicht willkürlich ganze Gruppen auszuweisen, sogar eine Appellationsmöglichkeit sollte den Betroffenen gegeben werden; den Bevölkerungstransfer über einen Zeitraum von mindestens zwei bis höchstens fünf Jahren zu strecken; den ausgewiesenen Deutschen die Mitnahme beweglicher Habe und Handwerksausrüstung zu ermöglichen; die betroffenen Menschen zu ernähren, ihnen Obdach zu bieten und sie medizinisch zu betreuen - nur, wie die Geschichte lehrt, kümmerten sich die Polen und die Sowjets nicht um diesen Katalog theoretischer Vorschläge.<sup>9</sup>

In einer dreizehnseitigen Ausarbeitung legte die Liberated Area Division Anfang Februar 1945 dar, warum sie gegen die Oder-Neiße-Linie als zukünftige deutsche Ostgrenze war: Es seien „extrem ernste Übergangsprobleme für die Besatzungsbehörden“ zu befürchten, „insbesondere, wenn die Bevölkerungstransfers überstürzt durchgeführt

---

<sup>9</sup> NA RG 43, Records EAC, General Records, 1943-45, Box 301, The Soviet Union, The Transfer of German Minority from Post-War Poland. S. 4f verdient, ausführlich zitiert zu werden: „The United States should oppose any unilateral action by Poland (or the Soviet Union) in transferring Germans from Poland to Germany, especially any action resulting in large-scale and indiscriminate dumping of Germans into Germany in the last stage of the war and early post-war period. [...] Any unilateral action transferring Germans is inadmissible because Germany is involved as the receiving country, and Germany is a European problem, if not a world problem, the solution of which is vital to the interest of the United States, Europe, and the world“. Mit der Frage der Westgrenze Polens haben sich die Mitarbeiter des US-Außenministeriums seit mindestens Sommer 1943 intensiv beschäftigt, vgl. NA M 1244, Rolle 15, S. 1046ff.



würden“ oder der Rest des Landes „vorzeitig“ (!) von Versorgungsgütern aus den abgetrennten Gebieten abgeschnitten werde, denn gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit könnte ein verkleinertes Deutschland den Zustrom von größeren Bevölkerungsteilen nicht gut bewältigen. Vor allem in der chaotischen Nachkriegsphase würde der Verlust eines Viertels der Lebensmittelproduktion zu massenhaftem Verhungern der städtischen Bewohner führen, was nur durch Hilfslieferungen der Westalliierten verhindert werden könnte. Sogar die sowjetische Besatzungszone würde im Fall von Gebietsabtrennungen, auch wenn diese nicht bis zur Oder-Neiße-Linie gingen, zu einer „Nahrungsmittel-Defizitregion“ und könnte also keine Lebensmittel mehr in die Westzonen liefern, ja selbst zur Versorgung Berlins müßten die Westmächte dann vermutlich beitragen.<sup>10</sup> Außerdem würde der Behandlung Deutschlands vorgegriffen und der Spielraum der Siegermächte bei der Ausgestaltung der Nachkriegsordnung eingeschränkt. Die Möglichkeiten für Reparationsentnahmen würden ebenfalls reduziert.<sup>11</sup>

In einem „Vorläufigen Bericht“ von Anfang Mai 1945 über die längerfristigen Konsequenzen größerer Gebietstransfers wurde die Abtrennung unterschiedlicher Territorien durchgespielt: Wie viele Menschen wären betroffen, welche Auswirkungen gebe es auf die Bevölkerungsstruktur, die Wirtschaft, die Lebensmittelversorgung und das Kräfteverhältnis zwischen den Staaten Mitteleuropas. Eine Ablehnung oder Befürwortung von Gebietsabtrennungen erfolgte in

---

<sup>10</sup> Das sollte sich bewahrheiten, vgl. NA RG 260, USGCC, Box 7, AG 094, 10. April 1945, Comments on Berlin District Outline Plan. Hier wurde noch festgestellt, daß es *nicht* Aufgabe der Amerikaner wäre, Berlin zu versorgen, „which being in the Russian zone is a Russian responsibility“ und NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/7-745, Murphy – Secretary of State (=SoS), 130. Auf dem zweiten Treffen der Kommandantur forderte der sowjetische Vertreter die Westmächte auf, ihre Sektoren mit Nahrungsmitteln und Kohlen zu versorgen. Offensichtlich ohne Widerstand fügten diese sich, die anschließenden monatelangen Diskussionen betrafen lediglich den Austausch von Gütern und die Behinderungen der Lieferungen auf dem Weg durch die SBZ.

<sup>11</sup> NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/2-545, Economic Implications for Germany of Proposed Territorial and Population Transfers in Eastern Europe. Ebenso NA RG 43, Records EAC, General Records, 1943-45, Box 26, Background Material, 1. Januar 1945, Germany - Poland. Boundary Problems: The German-Polish Frontier: Deutschland würde 25 % seiner Nahrungsmittelproduktion verlieren und Ostdeutschland (SBZ und Ostpreußen, Schlesien und Pommern) gar 44 %. „The Reich would thus be deprived of the food surpluses of the ceded areas which are normally required for the supply of urban centers in western Germany“.

diesem Bericht ausdrücklich nicht, dennoch waren die negativen Folgen von zu großen Gebietsverlusten offensichtlich. Objektiv wurde festgestellt, daß die Zuwächse für Polen insgesamt eine Stärkung und auch eine Erhöhung des Kriegspotentials bedeuteten, während Deutschland durch die Abtretungen im Osten nicht grundlegend in seiner militärischen Stärke beeinträchtigt würde. Als wirtschaftliche Konsequenzen für Deutschland waren nach dem Bericht Handelsbilanzprobleme und ein sinkender Lebensstandard, insbesondere bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, absehbar. Eine Verschlechterung des Existenzniveaus berge aber die Gefahr, daß die „radikale Rechte oder Linke an Stärke gewinne“: „If there is a large measure of unemployment and a considerable reduction in the standard of living, a radicalization of the masses is probable“. Darüber hinaus würden Nationalismus und Revisionismus zunehmen. Da die Erreichung revisionistischer Ziele für das niedergeschlagene Deutschland allein aussichtslos sei, würde insbesondere die Rechte versuchen, einen Keil zwischen die Besatzungsmächte zu treiben. Die zwei handlungsweisenden Interessen der Amerikaner, die Verhinderung einer erneuten deutschen Aggression und die Fortführung der Kriegsallianz, bestimmten auch die Haltung zu Gebietsübertragungen mit ihren möglichen politischen Auswirkungen:

„The effect of territorial transfers on German political developments are germane to United States political treatment of Germany only [!] in so far as they concern: (1) the possibility of renewed German aggression based on an independent German war machine and (2), the possibility of German internal developments which might have a deleterious effect on harmonious relations between the western powers and the USSR.“<sup>12</sup>

Die Empfehlungen der Central European Division lauteten: „Ostpreußen (bis auf den Königsberger Distrikt, der vermutlich an die Sowjetunion gehen wird) sollte an Polen abgetreten werden“, ebenso Danzig, Oberschlesien und das pommersche Gebiet östlich der Linie Kreuz-Dramburg-Belgard-Köstlin. Das Territorium zwischen Oder und

---

<sup>12</sup> NA R&A-Report 2914, 1. Mai 1945, Consequences of Major Transfers of German Territory: A Preliminary Report, von wem bzw. aus welcher Abteilung der Bericht stammt, ließ sich nicht ermitteln.

Glatzer (östlicher) Neiße, also vor allem Niederschlesien, sollte Teil Deutschlands bleiben, weil es weder historische noch ethnische Gründe für den Anschluß an Polen gebe und weil dadurch „zweifelsohne wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Schwierigkeiten größten Ausmaßes für Deutschland entstünden und eine sehr starke Irredentismusstimmung erzeugt würde“. Und auch die fast ausschließlich von Deutschen bewohnten Gebiete östlich der Oder sollten weiterhin zu Deutschland gehören. Nähme man den Fluß als Grenze, würden die wichtigen Einzugsgebiete („metropolitan areas“) Stettins, Frankfurts und Breslaus zerteilt. Und mit Schlesien verlöre Deutschland ein landwirtschaftliches Gebiet von beträchtlicher Bedeutung. Die Verfasser des Papiers warnten: „Maintenance of the Oder-Neisse frontier might well become the most critical security problem in Europe during the coming years“.<sup>13</sup>

Die Grenzfragen hatten zweifelsohne auch Auswirkungen auf die Frage der Einteilung Deutschlands in Zonen. Die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit und später das Industrieniveau, das man dem besiegten Land zubilligen konnte oder mußte, hingen direkt damit zusammen. Daß die Zonenaufteilung Probleme mit sich bringen würde, war gewiß. Schon im März 1945 wurde in einem Research & Analysis-Report (R&A-Report) darauf verwiesen: „The announced Allied intention of dividing Germany into zones of occupation after the cessation of hostilities will raise many serious economic problems“.<sup>14</sup> Dies drohte um so mehr, wenn der Austausch von Gütern über die Zonengrenzen nicht funktionierte oder die Gebiete östlich der Oder und Neiße gänzlich wegfielen. Westdeutschland hatte ein „gewaltiges Defizit an Nahrungsmitteln“, Ost und West (sowie Nord und Süd) waren untereinander und von ausländischen Importen an industriellen Rohprodukten abhängig, jede Region war spezialisiert und auf den Austausch mit anderen angewiesen, die Bevölkerung würde

---

<sup>13</sup> NA RG 59, Records Central European Division, 1944-53, Subject Files 1944-49, Box 2, Germany Frontiers Problems Recommended Solutions and Basic Data, Juni 1945. Die Kreuz-Dramburg-Linie wurde auch in dem o.g. Papier vom 1. Januar 1945 eindeutig präferiert, NA RG 43, EAC, General Records, 1943-45, Box 26, Background Material, Germany - Poland. Boundary Problems: The German-Polish Frontier.

<sup>14</sup> NA R&A Report 2673.1, 23. März 1945, The economic characteristics and interdependence of the possible zone of occupation, Jan - March 1945. Anmerkung: In der beigelegten Karte ist *keine* östliche Grenze eingezeichnet, so daß die SBZ und Polen eins waren.

zwischen den Zonen hin- und herziehen wollen. Auf die Möglichkeit, Reparationszahlungen zu leisten, hätten die „vorgeschlagenen“ östlichen Gebietsverluste laut dieser Analyse jedoch nur geringen Einfluß, außer was Kohle und Stahl anbetraf, hier wären die Auswirkungen „erheblich“.<sup>15</sup>

Wenn man die amerikanischen Überlegungen zusammenfaßt, ergab sich eine Reihe von Gründen, die eine allzu weite Westverschiebung Polens als nicht wünschenswert erscheinen ließen: wirtschaftliche ebenso wie politische; welche, die Deutschland selbst betrafen, aber auch solche mit Auswirkungen auf Mitteleuropa insgesamt und sogar die zukünftigen Beziehungen zwischen Ost und West.<sup>16</sup> Zunächst gefährdete der Wegfall wichtiger industrieller und landwirtschaftlicher Gebiete die Versorgung in Restdeutschland und beeinträchtigte die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen. Die Brisanz, die aus wirtschaftlichen Krisen für die Stabilität eines Landes erwuchs, wurde in amerikanischen Analysen immer wieder betont.<sup>17</sup> Noch weiterreichend waren die politischen Folgen für die Ordnung in Europa. Da die Regelung der Grenzfrage eine Reihe von Implikationen hatte, sollte und konnte sie nicht losgelöst vom Gesamtprogramm der Nachkriegsbehandlung Deutschlands gesehen werden. Die Amerikaner forderten demzufolge, daß sie als „Teil der integralen Politik für Deutschland und nicht isoliert von anderen Faktoren und Überlegungen behandelt werden dürfe“:

„The consequences of any Polish-German boundary decision must be carefully weighed in their relation to the entire German settlement. Such decision becomes a matter of broad international significance, vitally affecting the workability of any security structure or

---

<sup>15</sup> NA R&A Report 3068.2, 19. Mai 1945. Mit dieser Einschätzung der deutschen Kapazität, Reparationen zu leisten, wichen die Autoren zumindest teilweise von anderen amerikanischen Befunden ab. Vgl. zur Interdependenz zwischen den Zonen auch R&A Report 2237, 14. Juli 1944, Preliminary analysis of the question of partition of Germany.

<sup>16</sup> Vgl. FRUS 1945, Potsdam, Washington 1960, S. 861: „The question of the western boundaries of Poland has both political and economic aspects“. Von den kurzfristig schweren Belastungen durch den Bevölkerungszustrom in ein in Auflösung befindliches Land, in dem Chaos und Zerstörung herrschten, soll hier nicht die Rede sein.

<sup>17</sup> Und daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands eine Voraussetzung war für die Erholung ganz (West-)Europas, war unter amerikanischen Politikern schon bei Kriegsende eine verbreitete Ansicht, vgl. z.B. FRUS 1945, Potsdam, S. 756, Memorandum von Kriegsminister Henry Stimson.

arrangements in the critical German-Polish-Soviet zone of Eastern Europe.“

Die Oder-Neiße-Grenze würde deutschen Widerstand hervorrufen. Das bedeutete, daß mit ihr auf Dauer Spannungen zwischen Deutschland und Polen vorprogrammiert waren, was der erhofften Sicherheit und Stabilität eindeutig abträglich war. Auch wenn Deutschland geschwächt und demilitarisiert wäre, würde Polen zur Verteidigung seiner neuen Westgrenze auf die Unterstützung der Sowjetunion angewiesen sein, was eine Einflußnahme der Sowjets auf die politische Nachkriegsentwicklung in Polen zusätzlich begünstigte. Unter der Voraussetzung, daß Polen unter sowjetische Kontrolle gelangte, erhielten die Sowjets ein breites Einfallstor nach Europa. Die Grenze bedeutete - wie auch immer der Versuch zu einer gemeinsamen Verwaltung Deutschlands durch die Siegermächte ausgehen sollte - in der Tat eine Verschiebung des sowjetischen Machtbereichs weit in die Mitte des Kontinents.<sup>18</sup> Zumindest der amerikanische Diplomat und Sowjetexperte George F. Kennan sowie der britische Premier Winston Churchill hatten diese Gefahr zeitig erkannt.<sup>19</sup> Dieser Umstand wurde als Gefahr gesehen, weil man die Sowjetunion als Gegner betrachtete. Eigentlich wurde die Zusammenarbeit der Siegermächte als eine Grundbedingung gewertet, ohne die nicht garantiert werden konnte, daß Deutschland nicht wieder Anlaß oder Urheber eines Krieges werden würde. Nun drohte nicht zuletzt wegen der Oder-Neiße-Linie eine Situation, in der entweder Deutschland versucht wäre, die Alliierten gegeneinander auszuspielen, oder in der Deutschland zum Zankapfel zwischen den Siegermächten

---

<sup>18</sup> NA RG 43, Records EAC, General Records, 1943-45, Box 26, Background Material, 1. Jan. 1945, Germany - Poland. Boundary Problems: The German-Polish Frontier. Vgl. NA R&A-Report 2914, 1. Mai. 1945: „In the sphere of foreign relations the settlement will deepen and perpetuate the historical differences between Poland and Germany, and will accentuate Poland's dependence upon the USSR“. Vgl. auch Geir Lundestad: The American Non-Policy towards Eastern Europe 1943-1947, Tromsø 1978, S. 206, und Eduard Mark: American Policy toward Eastern Europe and the Origins of the Cold War, 1941-1946: An Alternative Interpretation, in: Journal of American History, September 1981, S. 325.

<sup>19</sup> Churchill begründete seinen Vorschlag, die westlichen Truppen zunächst nicht aus der SBZ zurückzuziehen, sondern als Faustpfand dort stehen zu lassen, damit, daß die Lebensmittelverteilung zwischen den Zonen noch unregelt sei, und nicht mit der eventuellen Machtausdehnung der Sowjets. Doch ist sicher, daß er auch diesen Punkt im Blickfeld hatte, vgl. NA RG 59 740.00119 Control (Ger)/4-1945, paraphrasierte Botschaft Churchills an den US-Präsidenten vom 18. April.

würde, nachdem die gemeinsamen Interessen weggebrochen waren. Dieses Dilemma bestimmte die zukünftige Entwicklung und Politik, die fast zwangsläufig zur Teilung führte.

Ende April 1945 schrieb der Politische Berater der US-Militärregierung, Robert Murphy, noch vom SHAEF-Hauptquartier in Paris aus, an seinen Kollegen, H. Freeman Matthews im State Department: „I can imagine how carefully you are all following the Soviet action in transferring administrative power over German territory to both the Provisional Polish Government and to the Free Germany Movement“. Welche Gefühle er und seine Kollegen beim aufmerksamen Beobachten hegten, wurde nicht ausgeführt, ein Strich am Rande dieser Passage scheint aber die besondere Anteilnahme zumindest eines Lesers zu bestätigen.<sup>20</sup> Trotzdem bestimmten im Sommer 1945 andere Themen die diplomatische Korrespondenz. Es ging um die Probleme bei der Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Alliierten, um den Einzug der Westmächte nach Berlin und ihren gleichzeitigen Rückzug aus der SBZ, die Sorge um Kriegsgefangene, die allgemeine Not und vieles andere. Es ist geradezu auffällig, daß bei der Behandlung der äußerst dramatischen Lebensmittelversorgung, die durch das Einströmen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten wesentlich verschärft wurde, nicht öfter zur Sprache kam, daß Lieferungen aus den unter polnische Verwaltung gestellten Gebieten die Situation lindern würden. Man könnte meinen, die Amerikaner hätten den Verlust dieser Gebiete – auch und gerade, was die Versorgung der deutschen Bevölkerung angeht: einer gewachsenen Zahl von Menschen in einem deutlich verkleinerten Territorium – schon hingenommen.<sup>21</sup> Daß die Bereitstellung von Überschüssen aus den abgetrennten Regionen für den Rest Deutschlands „nicht länger erwartet werden könnte“, wurde übrigens schon in dem oben genannten Bericht von Anfang Februar festgehalten!

---

<sup>20</sup> NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/4-2545. Vgl. FRUS 1945, V, S. 110ff.

<sup>21</sup> Ein Beispiel, in dem die verlorenen Gebiete und die Flucht bzw. Vertreibung als Grund für die verheerende Versorgungslage genannt wurden: NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/7-645, Murphy - SoS, 571. Besorgnis über die Art des Transfers wurde bei Sitzungen des Koordinierungskomitees oder des Political Directorate in Berlin ausgedrückt. Im Herbst versuchte Murphy zu erreichen, daß wenigstens über den Winter die Ausweisungen aus Polen und der Tschechoslowakei ausgesetzt würden, doch auf Kooperation der Sowjets durfte er dabei nicht hoffen. Vgl. NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/8-1745, 314; NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/9-1245, 502; NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/9-1445, 514, und NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/9-1645, 539.

Präsident Harry S. Truman hat zwar auf der Potsdamer Konferenz mehrmals gegen die einseitigen Maßnahmen bezüglich der Ostgrenze protestiert, und in einem Memorandum wurde geraten, „zu versuchen, mit den Sowjets eine Vereinbarung über die wirtschaftlichen Aspekte dieser Angelegenheit zu erreichen“. Das hieß konkret, daß der Austausch von Waren und Rohstoffen zwischen den deutschen Regionen, einschließlich der unter polnische Verwaltung gestellten, wieder aufgenommen werden sollte. Doch schon bezüglich der Reparationen hieß es, die Polen und Sowjets sollten sich aus den von ihnen besetzten Gebieten bedienen. In dieser Frage wurde die einseitige Vorgehensweise geradezu nahegelegt - ein weiteres Indiz dafür, daß die USA sich bereits, wenn auch nolens volens, mit der Oder-Neiße-Linie abgefunden hatten! Auf das westliche Argument, daß „eine wichtige Nahrungsmittel und Kohle produzierende Region der Zuständigkeit der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland entzogen würde“, antwortete Stalin zwei Wochen später, „daß die Deutschen geflohen seien und nicht zurückkehren wollten, daß nur die Polen Nahrungsmittel produzieren und die Kohle fördern konnten, *und daß man von ihnen nicht erwarten könne, dies zum Nutzen der Deutschen zu tun.*“ – Damit war die Frage der Lieferungen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße wohl geklärt.<sup>22</sup>

Die Frage des Grenzverlaufes – Oder-Neiße-Linie oder weiter östlich – wurde von den Amerikanern auf der Potsdamer Konferenz ebenfalls nicht mehr mit Nachdruck gestellt. Die geschaffenen Fakten waren anscheinend ein Argument, das stark genug war, um daraus *kein* Thema mehr zu machen.<sup>23</sup> Auch Carsten Lilge meint, daß man die Grenze als solche akzeptiert hatte. Seiner Ansicht nach wollte man die eigene Zustimmung aber nicht einfach geben, sondern als Verhandlungsmasse

---

<sup>22</sup> FRUS 1945, Potsdam, 861f, 23. Juli, und ebenda, S. 1152, 8. Aug. (Zitat, Hervorhebung A.B.). Vgl. Wolfgang Krieger: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949, Stuttgart 1987, S. 83, 96 u. S. 132. „Im Zusammenhang mit den Reparationen wurde die Oder-Neiße-Grenze de facto anerkannt“, und Graml: Alliierte, S. 96ff. Vgl. FRUS 1945, III, S. 1234: US-Botschafter Averell Harriman berichtete am 4. Juni, daß die Sowjets erstmals angedeutet hätten, daß die der polnischen Verwaltung übergebenen Gebiete nicht allgemein zur Reparationsentnahme zur Verfügung stünden, sondern daß allein Polen seine Ansprüche daraus befriedigen würde.

<sup>23</sup> Vgl. Lilge: Entstehung, S. 145f, der allerdings bei Anm. 625 eine falsche Fundstelle angibt. Aus seiner Darstellung ergibt sich ein Bild, nach dem der Westen an der Lieferung von Gütern aus den abgetrennten Gebieten gar nicht besonders interessiert war, sondern daß einzig und allein die Reparationsfrage zählte (S. 151f).

für eine zufriedenstellende Lösung der Reparationsproblematik einsetzen. Wörtlich schreibt er: „Für die Westmächte war es schon in Potsdam, und erst recht danach, relativ unwichtig, wo genau die Grenze verlief“.<sup>24</sup> Man kann ein erstaunliches Phänomen konstatieren: Wie oben gezeigt, wurde zwar in internen Analysen – von subalternen oder zumindest nicht besonders einflußreichen Beamten – die Oder-Neiße-Grenze abgelehnt, weil sie negative Folgen nach sich zog. Aber die Politiker setzten sich nur halbherzig für ihre Änderung ein, mehr noch: Durch ihre Äußerungen und Maßnahmen im Frühjahr und Sommer 1945 signalisierten sie ihre Zustimmung. Die Erklärung liegt wohl darin, daß die Politiker ihre Machtlosigkeit erkannten und sich pragmatisch der Situation anpaßten.

Obwohl in Potsdam ausdrücklich eine vorläufige Entscheidung getroffen worden war, vorbehaltlich einer friedensvertraglichen Lösung, ging sowohl Polen als auch, was wichtiger war, die UdSSR von der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Grenze aus. Kurz nach der Konferenz schloß die Sowjetunion mit der neuen polnischen Regierung einen Vertrag über den Grenzverlauf, der allerdings den Vorbehalt der Potsdamer Vereinbarung enthielt, so daß Stalin eine mögliche Änderung als Druckmittel gegen die Polen einsetzen konnte.<sup>25</sup> Hartenstein schreibt, die amerikanischen Politiker hätten die Oder-Neiße-Linie öffentlich schlecht ablehnen können, da dies offenbart hätte, daß sie „von Polen und der Sowjetunion einfach [...] vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind“.<sup>26</sup> In der Tat berief man sich offiziell stets auf das Londoner Protokoll vom 12. Dezember 1944, demzufolge das Besatzungsgebiet Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 umfaßte, und auf das Potsdamer Abkommen über die „Vorläufigkeit“ der Oder-Neiße-Grenze – mit diesem Kunstgriff hielt man die Frage offen und vermied, die Übrümpfung eingestehen zu müssen.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Ebenda, S. 146ff, Zitat S. 159 (ebenso S. 165).

<sup>25</sup> Ebenda, S. 155, 157 u. 160. Nach Bennett Kovrig: *Of Walls and Bridges. The United States and Eastern Europe*, New York 1991, S. 20, „garantierte“ dieser Vertrag die Grenze.

<sup>26</sup> Hartenstein: *Oder-Neiße-Linie*, S. 85. In der Anfangszeit der gemeinsamen Besatzung taten die Amerikaner alles, um nach außen hin ein ungetrübttes Bild der alliierten Zusammenarbeit abzugeben. Sie hätten schon alleine aus diesem Grund nicht zugegeben, daß sie die sowjetischen und polnischen Maßnahmen an sich mißbilligten.

<sup>27</sup> FRUS 1945, *Yalta and Malta*, Washington 1955, S. 974, *Kommuniqué der Konferenz von Jalta*; FRUS 1945, *Potsdam*, S. 208-221 (5. Plenartreffen in Potsdam),



Trotzdem drängt sich die Vermutung auf, daß auch die USA von einer nicht mehr rückgängig zu machenden Entscheidung ausgingen und daß sie überdies auch kein Interesse hatten, tatsächlich eine Revision herbeizuführen.<sup>28</sup> Wenn sie hinfort die Oder-Neiße-Linie ins Spiel brachten, dann auch eher als politisches Argument und nicht wegen nach Realisierung drängender Absichten. Als etwa der amerikanische Außenminister James Byrnes im Herbst 1946 in seiner Weichen stellenden Rede in Stuttgart auch die Frage der deutschen Ostgrenze aufgriff und meinte, daß „der Umfang der an Polen abzutretenden Gebiete“ erst noch entschieden werde, geschah dies aus politischen Erwägungen im Werben um die deutsche Bevölkerung. Eben weil die endgültige Klärung dieser Grenze theoretisch einem Friedensvertrag vorbehalten wurde, blieb das Thema für viele Seiten offen zur Instrumentalisierung.<sup>29</sup>

---

21. Juli, 250ff (6. Plenartreffen, 22. Juli), 518f u. 533f (11. Treffen, 31. Juli) u. S 1152ff (Top Secret-Memorandum, 8. Aug.). Vgl. z.B. NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/7-745, Murphy - SoS, 130. Auf der 2. Sitzung der Kommandantur behauptete der sowjetische Militärgouverneur Georgij K. Schukow im Zusammenhang mit der Kohleversorgung Berlins, daß aus Schlesien keine Kohle erhältlich sei, weil das Gebiet nun unter polnischer Verwaltung stünde, also nicht mehr zu Deutschland gehörte. Daraufhin bat Murphy um Anweisungen aus dem Department of State (DoS). Die Klarstellung aus Washington erfolgte unmittelbar [ebenda, DoS - USPOLAD, Hoechst, 85], woraufhin der Politische Berater die Auskunft an den Stabschef von SHAEF und den stellvertretenden Militärgouverneur weitergab [NA RG 260, Box 6, AG 092.3 Crimea Conference, 11. Juli 1945, Memorandum Murphy - Lieutenant General Smith, Lieutenant General Clay etc.]: „The position of the United States has been made abundantly clear to the Soviet Government in a communication to the Soviet Foreign Office.“, sowie NA OIR-Report 3521.11, 12. Aug. 1946 (OIR = Office of Intelligence Research). Vgl. McCullough: Truman, S. 426, 432f u. 450ff.

<sup>28</sup> Vgl. Lilge: Entstehung, S. 155, 158, niemand erwartete in/nach Potsdam eine Änderung der Oder-Neiße-Grenze; S. 161, niemand wollte sie ändern und Lundestad: Non-Policy, S. 207, niemand erwartete eine Revision der in Potsdam vorbehaltlich anerkannten Grenze. Siehe auch NA RG 43, Allied Control Council (ACC), Box 3, Revision of JCS 1067, 19. Juli 1946: Clay hatte „A Summary of United States Policy and Objectives in Germany“ formuliert, in dem er u.a. feststellte: „The United States in general supports this transfer of territory [to the Soviet Republic and to Poland] as agreed at Potsdam.“ Später machte er sich jedoch für eine Revision stark.

<sup>29</sup> Byrnes-Rede in: Department of State Bulletin, 15. Sept. 1946, S. 496ff. Der Friedensvertrag wurde nie geschlossen. Allerdings hat die Bundesregierung auf allgemeinen Druck im Zuge der Verhandlungen zum 2+4-Vertrag die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze anerkannt. Das bilaterale Grenzabkommen zwischen Polen und Deutschland vom 14. November 1990 brachte die definitive völkerrechtliche

Das Problem der zukünftigen Grenzen gehörte zu jenen, die in die gemeinsame Verantwortung der Siegermächte für Deutschland als Ganzes fielen. Gründe für die Zurückhaltung der USA, beim Abstecken der Ostgrenze ihre Beteiligung einzufordern, war die Erkenntnis, daß diese Region die Interessen des östlichen Alliierten direkter betraf und daß die amerikanischen Einflußmöglichkeiten im Osten sowieso beschränkt waren.<sup>30</sup> Doch wird vermutet, daß es noch um etwas anderes ging: Daß die Sowjetunion nämlich einen Zusammenhang konstruieren könnte zwischen westlicher Einmischung bei Gebietsabtrennungen im Osten und ihrem Mitsprachebegehren im Westen. Die Sowjets hatten ein mächtiges Interesse, in Westdeutschland, insbesondere im Ruhrgebiet, mitentscheiden zu können. Sowjetische Einflußnahme dort wollten die Amerikaner jedoch unter allen Umständen verhindern.<sup>31</sup> Dies und die

---

Anerkennung; vgl. auch das Abschlußdokument der 2+4-Gespräche. Der Bundestag und die Volkskammer hatten dies schon im Juni 1990 getan.

<sup>30</sup> Vgl. Lundestad: Non-Policy, S. 411, 423, 426 u. 464 (USA machtlos in einem Gebiet, das für Stalin von erster Wichtigkeit war), und Mark: Policy, S. 316 (für die Roosevelt-Zeit) u. 328f (für die Truman-Zeit) sowie Lilje: Entstehung, S. 156 u. 159, Westen kann *Faits accomplis* nicht ändern. Als beredtes Beispiel für die Machtlosigkeit der USA, nicht nur im Osten, vgl. FRUS 1945, III, S. 1536, Murphy - Clayton, 23. Oktober: „Some of us here wonder whether it is fully comprehended by the Dep[artmen]t that when the decisions were made at Yalta and by the Gov[ernmen]ts, determining the zones of occupation, that power to implement American wishes with respect of coal production and export as well as removal of industrial equipment on reparations account passed from direct American control. With the Silesian coal beds going to the Soviet Union and Poland, the Ruhr deposits to the UK, and the Saar deposits to France, the Americans were left locally without a single blue chip. [...] As you know, General Eisenhower and General Clay can and do present our views as forcibly as may be desirable but the physical control of these properties rests with somebody else.“

<sup>31</sup> Vgl. Melvyn Leffler: Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War, New York 1994, S. 67 u. 118, und Lundestad: Non-Policy, S. 100, 102, 105 (allgemein sowjetischen Einfluß im Westen betreffend) und S. 206 (bzgl. sowjetischer Mitsprache in den Westzonen). Schon Anfang 1945 wurde ein Zusammenhang zwischen der Ostgrenze und der Regelung im Westen gesehen, allerdings fürchtete man da, daß die Franzosen und Niederländer aus den östlichen Gebietsabtrennungen ein Recht ableiten könnten, für sich das Rheinland und die Ruhr zu beanspruchen, NA RG 43, Records European Advisory Commission (EAC), General Records 1943-45, Box 26, Background Material, 1. Januar 1945, Germany - Poland: Boundary Problems: The German-Polish Frontier. Die Franzosen unterstützten die polnischen Ansprüche dann auch aus vollem Herzen, um einen Präzedenzfall für das Saargebiet und möglicherweise weitere Territorien zu schaffen. Vgl. FRUS 1946, V, Washington 1969, S. 556, Memorandum Kennans vom 10. Mai: „The Oder-Neisse line was a grievous mistake and as long as it stands, the French have a real case for Rhineland and Ruhr“. Auch Kennan rechnete *nicht* mit einer Korrektur des Grenzverlaufs. Nur würde der Anspruch der

Unmöglichkeit, sich mit den Sowjets auf eine Regelung der Reparationen und der Ein- und Ausfuhren zu einigen - diese Fragen hingen alle eng miteinander zusammen -, veranlaßten die USA, der Konsolidierung der eigenen beziehungsweise der Westzonen den Vorrang zu geben, weshalb sie die polnisch verwalteten Gebiete – und im Grunde später auch die SBZ – zunehmend aus ihren Plänen ausklammerten. Es war letztlich eine Frage der Prioritäten, und die lagen eindeutig im Westen. Doch im Herbst 1945 bemühten sich die Vertreter der US-Militärregierung noch, die Viermächteabmachungen buchstabengetreu zu erfüllen. Das mußte auch der Stellvertretende Außenminister Dean Acheson erfahren. Auf eine sowjetische Bitte nach Kohleeinfuhren aus der Ruhr in die sowjetische Besatzungszone reagierte er mit einem deutlichen und nachvollziehbaren Einspruch:

„Allocation of Western German coal to USSR Zone is inadmissible until there is complete agreement for pooling resources of all zones and a fully developed quadripartite import, export program. Moreover, such a quadripartite program would surely include provision for import of Silesian coal into Germany“.

Clay klärte ihn daraufhin auf, daß die Sowjets im Coal Sub-Committee über jegliche Zuweisung von Kohle an die einzelnen Zonen mitzuentcheiden hätten. Wenn man ihren Antrag ablehnte, würden sie dies sicher kontern, wodurch die Zusammenarbeit schwierig bis unmöglich würde. Die Frage nach der Kohle aus Schlesien sei vom amerikanischen Vertreter im Wirtschaftsdirektorat bereits mehrere Male erhoben worden, doch noch konnte der sowjetische Vertreter nicht einmal mitteilen, ob sie „für diesen Zweck“ überhaupt erhältlich sei. Kurz darauf lieferte Murphy eine Erklärung nach, warum die Amerikaner bisher so zögerlich waren, dieses Thema anzugehen: Der US-Vertreter im Kohle-Unterkomitee sah sich nur zuständig für *deutsche* Kohle im strikten Sinne, schlesische Kohle lag demnach außerhalb seiner Kompetenz. „This position“, fügte Murphy an, „also reflects a certain reluctance within OMGUS to take action on matters *involving external*

---

Franzosen wegfallen, wenn man auch den Polen bzw. Sowjets ihre Gebietszuwächse streitig machte - deshalb plädierte er für eine Aufkündigung der Potsdamer Vereinbarungen.

*relations*<sup>32</sup>. – Die neue polnische Westgrenze übte offensichtlich bereits „die normative Kraft des Faktischen“ aus.

Folgerichtig fällt bei der Durchsicht interner amerikanischer Papiere aus dem ersten Jahr der Besatzungszeit auf, daß die Oder-Neiße-Linie zwar immer wieder einmal erwähnt, nicht aber ihr Verlauf in Frage gestellt, geschweige denn ihre Revision erwogen wurde. In einer Analyse aus der Mitteleuropa-Abteilung des Außenministeriums unter der Überschrift „Russian Interest in the Status of the Ruhr and Effect on U.S. Policy“ kam sie nicht vor, obwohl man doch durchaus einen Vergleich zwischen der Grenzregelung im Westen und Osten hätte ziehen können. Dafür wurde in einem ausführlichen Papier zur „Future Policy toward Germany“, das in derselben Abteilung erstellt wurde, sehr wohl betont, daß die Lage in Restdeutschland wegen der Gebietsabtrennungen im Osten so schwierig sei. Als Konsequenz aus dieser Einsicht verlangte der Autor der Studie, David Harris, eine konstruktive Politik für Deutschland unter Betonung des Einheitsgedankens, wobei das zu einende Gebiet alle vier Zonen umfaßte. Mit keiner Silbe wurde einer Grenzkorrektur das Wort geredet.<sup>33</sup>

Es wäre aber falsch zu behaupten, die amerikanischen Vertreter in Deutschland hätten keinen Gedanken mehr an die Grenze verschwendet. Ein Mitarbeiter des Political Adviser, J. W. Tuthill, fuhr Ende des Jahres 1945 von Berlin über Frankfurt an der Oder nach Warschau, dann nach Kattowitz, Oppeln und Breslau, von wo er an seinen Ausgangspunkt zurückkehrte. Er begann seinen Bericht mit dem Satz: „Die Polen haben ihre Grenzen an die Oder-Neiße-Linie gerückt“. Er berichtete von der verödeten und menschenleeren Region westlich der Grenze und von geschäftigem Treiben in den Gebieten, die nun

---

<sup>32</sup> FRUS 1945, III, S. 1528ff (Hervorhebung A.B.) Als die sowjetische Bitte um Ruhrkohle am 10. September vorgebracht wurde, habe der sowjetische Vertreter darauf verwiesen, „that the bulk of hard coal production in Eastern Germany (Silesia) is now in Polish territory and not currently available to meet the Soviet Zone requirements.“ (S. 1528).

<sup>33</sup> Vgl. diverse Dokumente aus NA RG 59, Records Central European Division, Subject Files 1944-49, Box 2, G550 u. G 714; die erwähnte Analyse über den Status der Ruhr, die in letzterer Mappe zu finden ist, datiert vom 21. Januar 1946. Harris' Ausarbeitung trägt als Datum den 26. März, zwei Tage später sandte der Chef der Division of Central European Affairs, James Riddleberger, sie mit empfehlenden Worten an den Direktor des übergeordneten Office of European Affairs, H. Freeman Matthews. Ebenda, G 710 oder, mit Riddlebergers Begleitschreiben, in NA RG 59, Lot 55 D 374.

„unter polnischer Verwaltung“ standen. Daraus konnte man schließen, daß die neuen Bewohner es sich bereits häuslich gemacht hatten. Für Gerüchte über angebliche Befestigungsarbeiten der Sowjets entlang der Oder-Neiße-Linie konnte er indes keine Bestätigung finden. Das Memorandum stellte nur dar, es wurde weder Kritik noch Zustimmung ausgedrückt. Nicht einmal der Hinweis, daß die deutsche Bevölkerung – noch machte sie etwa die Hälfte der Personen aus, die Tuthill sah – eine weiße Armbinde zur Kennzeichnung tragen mußte, wurde kommentiert.<sup>34</sup> Doch schaurige Berichte über den Exodus der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten von jenseits der Oder und Neiße kamen den Amerikanern zu Gehör. Sie mußten damit rechnen, daß zumindest ein Teil der Flüchtlingsmassen, die zunächst in die sowjetische Besatzungszone gelangten, weiter in den Westen wandern würden, wenn man sie ließe. Aus den Berichten, die Robert Murphy in jener Zeit nach Washington sandte, geht hervor, daß keiner der alliierten Vertreter den Grenzverlauf zur Sprache brachte. Debattiert wurde in Kontrollratssitzungen lediglich über die Zahl der Vertriebenen, die man in die eigene Zone aufzunehmen hatte. Dabei interessierte es die US-Vertreter nicht, wie viele Flüchtlinge wie und wo in der SBZ unterkamen. Nach der Einigung des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945 sollten Deutsche aus Polen – das heißt auch aus den Gebieten unter polnischer Verwaltung – in der sowjetischen und der britischen Zone untergebracht werden. *Diese* Deutschen waren also nicht Angelegenheit der Amerikaner, sie waren demzufolge auch nicht Gegenstand der Schreiben aus Berlin.<sup>35</sup>

---

<sup>34</sup> NA RG 59, 740.00119/11-1645, Murphy - SoS, 1326, Anl. Memorandum Tuthill - Murphy, Heath und Steere, 9. November; NA RG 59, 862.00/9-2245, Moskau (Kennan) - SoS, 3347.

<sup>35</sup> NA RG 59, 740.00119/9-1245, Murphy - SoS, 502, Murphy unterrichtete das Department of State von seinem Bemühen, informell für den Winter eine Einstellung der Vertreibung zu erreichen: „[...] it appears that out of nine million Germans, formerly in territory now under provisional Polish Administration, about four and a half million remain to be expelled“. Die Formulierung verrät wenig über die Haltung von Murphy, allenfalls deutet sie auf eine Hinnahme des Unvermeidlichen hin. Besonders betroffen war zunächst die sowjetische Besatzungszone; NA RG 59, 740.00119/9-1445, 514, und NA RG 59, 740.00119/9-1645, 539 (4. und 5. Treffen des Political Directorate); NA RG 59, 740.00119/9-2345, 597, und NA RG 59, 740.00119/10-445, 682 (9. und 11. Treffen des Coordinating Committee); NA RG 59, 862.00/10-2345, Murphy - SoS, 830; NA RG 59, 862.00/12-1445, 1516, Report on Treatment of German nationals in Central Silesia, und NA RG 59, 862.00/2-546, Anl. SSU-Bericht, General Conditions in Stettin. Shipment of Germans from Stettin to Greifswald, Russian Zone (SSU =

Bis etwa Mitte 1946 schien niemand in der amerikanischen Administration die Grenze anzuzweifeln.<sup>36</sup> Danach nahmen die Vorschläge, sie wieder in die Diskussion zu bringen, zu. Die veränderte Haltung ist nach Geir Lundestad damit zu erklären, daß die Amerikaner Polen ab dem Sommer 1946 als „verloren“ betrachteten und deshalb nicht mehr auf die Stimmung der polnischen Bevölkerung Rücksicht nahmen. Michael Hartenstein setzt den Zeitpunkt, von dem an die Amerikaner keine Hoffnung mehr hatten, Polen noch für den Westen „retten“ zu können, erst mit Anfang 1947 an, nach dem Sieg der Kommunisten bei den Sejm-Wahlen. Doch auch er konstatiert, daß die amerikanische Position danach auf eine Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands abzielte.<sup>37</sup> In einem Bericht von Anfang 1947 über die „Polnische Verwaltungszone in Deutschland“ (sic) wurden einmal mehr die negativen wirtschaftlichen Folgen auf Restdeutschland beschrieben (und beklagt), die es sowohl kurz- als auch langfristig geben würde. Notwendig sei daher, im verbliebenen Teil des Landes die Industrieproduktion zu erhöhen – um Exporterlöse zum Erwerb von Nahrungsmitteln zu erwirtschaften –, was jedoch mit der Entmilitarisierungspolitik konfligierte.<sup>38</sup> In Vorbereitung der 4. Tagung des Rates der Außenminister, die im März in Moskau stattfinden sollte, wurde daher von hochrangigen Außenamtsmitarbeitern beschlossen, eine Revision der Oder-Neiße-Linie anzuregen, wobei ökonomische Aspekte vorrangig berücksichtigt werden sollten. Es könne schließlich nicht angehen, daß landwirtschaftliche Nutzflächen in Polen brachlägen, während in Europa Hunger herrsche. Aus den gleichen Erwägungen heraus war das Policy Committee on Germany im Herbst des vorangegangenen Jahres zu der Auffassung gelangt, daß sich eine Grenzregelung, „which leaves to Germany a substantial part [!] of the agricultural resources of Pomerania, Brandenburg and Lower Silesia east

---

Strategic Services Unit). Siehe auch NA RG 43, Allied Control Council (ACC), Documents Miscellaneous, Box 37, o.D., German Refugees (including Expellees): „Little is known of their condition in the Soviet zone“.

<sup>36</sup> Vgl. Meissner: Rußland, S. 85.

<sup>37</sup> Lundestad: Non-Policy, S. 214f, u. Hartenstein: Oder-Neiße-Linie, S. 86ff.

<sup>38</sup> NA R&A Report 4252, 7. Jan. 1947. James Riddleberger hatte jedoch schon im März des vorhergehenden Jahres die Meinung vertreten, daß Deutschland *wegen* der territorialen Verluste so geschwächt sei, daß es in absehbarer Zeit keinen Krieg mehr führen könnte, weshalb anstatt der „wirtschaftlichen Entmilitarisierung“ (= Deindustrialisierung) eher eine Steigerung der industriellen Kapazität angebracht sei (NA RG 59, Lot 55 D 374, 28. März 1946).

of the Oder-Neisse line“ , günstig auf den Frieden und die wirtschaftliche Erholung Europas auswirken würde.<sup>39</sup> Nach der Stellungnahme von James F. Byrnes vom 6. September 1946 folgte der Vorschlag zur Oder-Neiße-Linie, den sein Nachfolger George C. Marshall in Moskau vorlegte. Beide Statements wurden in den folgenden Jahren des öfteren als autoritative Auslegung des amerikanischen Standpunktes in dieser Frage zitiert: Befürwortung einer großzügigen Entschädigung Polens für seine Verluste im Osten und Anerkennung seiner Sicherheitsinteressen, aber auch Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands und Europas als Ganzes.<sup>40</sup>

Die Forderung nach einer endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze wurde wie ein *Ceterum censeo* immer wieder in deutschlandpolitischen Thesenpapieren vorgebracht, aber zunehmend am unteren Ende der Prioritätenskala. Ein neunzehn Punkte umfassender Katalog von „Mindestanforderungen für ein vereintes Deutschland“ zur Vorlage beim Außenministerrat im Frühsommer 1949 in Berlin enthielt an achtzehnter Stelle folgende Passage:

„Any final changes in Germany’s boundaries from those existing in 1933 shall be negotiated and settled by the occupying powers on the basis of the ethnic population distribution as of 1933. While Poland is entitled to compensation for her cessions to the Soviet Union, the Oder-Neisse line *must be revised in favor of Germany*, to provide food and

---

<sup>39</sup> NA RG 43, ACC, Documents 1949-1949, Documents Miscellaneous, Box 37, 15. Sept. 1946, Report of the Secretary’s Policy Committee on Germany, und NA RG 59, Records Office of the Assistant SoS for Occupied Areas, Box 2, Currency Reform, 24. Jan. 1947, Memorandum of Conversation Preparation of Documents for the CFM Meeting in Moscow on March 10, 1947. Vgl. ebenda, 4. Oktober 1946, Claxton - General Hilldring, Comments on Substance of Report of Committee on Policy Toward Germany (Philander Claxton, Special Assistant von Hilldring, dem Assistant Secretary of State for Occupied Areas, meinte, „substantial“ müsse näher definiert werden).

<sup>40</sup> In: DoS Bulletin, 20. Apr. 1947, S. 693f, vgl. NA R&A Report 4514 (PV), 17. Oktober 1947, u. Hartenstein: Oder-Neiße-Linie, S. 87ff. Zu beachten ist, daß in dem Bericht des Policy Committee und bei der Besprechung Anfang 1947 ausdrücklich nur die Nutzung *landwirtschaftlicher* Gebiete für die allgemeine Versorgung in Europa erwähnt wurden, während in Marshalls Vorschlag ausgeführt wurde: „The economic arrangements appropriate to assure that such raw materials and *heavy industrial resources* of the area in question as are vital to European economy shall fairly serve that need...“ (Hervorhebung A.B.).

raw materials from the eastern areas on which Germany has so heavily depended in the past“.<sup>41</sup>

Im Nationalen Sicherheitsrat, dem höchsten außenpolitischen Entscheidungsgremium, stellte Außenminister Acheson die Wiedervereinigung Deutschlands in einen Zusammenhang mit den „acht oder neun Millionen Flüchtlingen aus Polen, der Tschechoslowakei und den Ostgebieten“: „If we were simply to unite the Eastern and Western Zones, there would not be much in that“(!) Es ist daher davon auszugehen, daß die amerikanische Administration der Grenzregelung trotzdem noch einen hohen Stellenwert beimaß, denn, so Dean Acheson, „there could be no permanent solution for Germany without a resolution of this problem“<sup>42</sup>. Aber ebenda führte er aus, daß man den beschrittenen Weg der Weststaatsgründung weitergehen wollte. Mit der Etablierung der Bundesrepublik begab man sich jedoch der geringen Einflußmöglichkeiten, die man unter Bezugnahme auf das Potsdamer Protokoll bei der Mitbestimmung der Ostgrenze Deutschlands bis dahin hatte beanspruchen können.<sup>43</sup>

Die Westalliierten beharrten weiter darauf, daß die Frage der deutschen Ostgrenze offen sei. Daraus ließ sich politisches Kapital schlagen. Denn abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen der Gebietsverluste und der Massen an Vertriebenen und Flüchtlingen, die nach Westen drängten und dort integriert werden mußten, veranlaßte noch etwas die amerikanischen Außenpolitiker, zumindest verbal gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einzutreten: Die Haltung der deutschen Bevölkerung – in Ost und West – war in der Frage der Oder-Neiße-Linie ziemlich einmütig. Die Weigerung, sie anzuerkennen, war allgemein. Sowohl im Herbst 1946 als auch ein Jahr später wurde in amerikanischen Analysen daran kein Zweifel gelassen:

---

<sup>41</sup> NA RG 59, Lot 55 D 609, Berlin, Access To, oder NA RG 43, Lot M-88, CFM Paris 1949, Box 310, 8. Juni 1949 (Hervorhebung A.B., keine näheren Angaben zu Herkunft und Verwendung des Textes).

<sup>42</sup> Truman Library, PSF, NSC Files, Meetings, Memoranda for the President, Meeting Discussions (1949), 18. Mai 1949, Zusammenfassung des 40. NSC-Treffens.

<sup>43</sup> Hartenstein: Oder-Neiße-Linie, S. 91. Interessant ist Hartensteins Hinweis, daß die Westmächte eine „politisch-institutionelle Absicherung des Anspruchs Deutschlands auf die Oder-Neiße-Gebiete verweigerten“ (S. 92) – die Frage sollte offen gehalten werden, ohne jedoch tatsächlich noch offen zu sein.



„All German political parties have come out for some kind of revision in the East as a fundamental condition for any peace settlement on which the German people could agree; this includes even the Communist-controlled Socialist Unity Party (SED) in the Soviet Zone. German public opinion, led by both the Protestant and Catholic Churches, strongly supports such revision“<sup>44</sup>.

Im Frühsommer 1953 listete Konrad Adenauer in einem Brief an Präsident Eisenhower eine Reihe von Zielen auf, „deren Beachtung [ihm] vom deutschen Standpunkt aus für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich“ erschien. Der siebte Punkt lautete: „Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen“. Auf diese Haltung wollte er auch die Westmächte festlegen, falls es zu einem Viermächtetreffen kommen sollte. Vom Oppositionsführer, dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, ist bekannt, daß er die Oder-Neiße-Grenze genauso kategorisch ablehnte, allerdings seinem Charakter entsprechend wesentlich inbrünstiger.<sup>45</sup>

Während im Westen die Diskussion um die Stalin-Note vom 10. März 1952 die Gemüter erhitzte, ließ HICOG eine Umfrage unter Westdeutschen durchführen. Sie ergab, daß zwei Drittel der Befragten das sowjetische Angebot ablehnten, weil es den Verzicht auf die Ostgebiete erforderte. Ohne diese Bedingung änderten immerhin 22 % ihre ablehnende Meinung und traten nunmehr für eine Annahme des Vorschlags ein, was die Bedeutung dieses Punktes unterstreicht. In einer anderen Meinungsumfrage lehnten 43 % der Ostdeutschen, allerdings hatte man nur 189 befragt, sowie 62 % der West Berliner und 37 % der Westdeutschen die Forderung nach Aufgabe der Territorien jenseits von Oder und Neiße ebenfalls ab. Selbst ohne die Bedingung, einem endgültigen Verzicht zuzustimmen, blieb aber eine Mehrheit der Ostdeutschen und Berliner der Auffassung, den sowjetischen Vorschlag zurückzuweisen. Daraus kann man schließen, daß für sie die Oder-

---

<sup>44</sup> NA R&A Report 3521.11A vom 23. Oktober 1946. Alle deutschen Parteien würden eine Revision der Oder-Neiße-Linie begrüßen, Anm.: Die SED „now endorses a change of the Oder-Neisse line, in order to secure popular support“ und NA R&A Report 4514 (PV) vom 17. Oktober 1947 (Zitat).

<sup>45</sup> Eisenhower Library, Ann Whitman File, International Series, Box 14, Germany 1953 (5), 29. Mai. Zu Schumacher siehe Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart <sup>2</sup>1995, S. 254f u. 351f, und L. J. Edinger: Schumacher. A Study in Personality and Political Behavior, Stanford 1965, S. 157.

Neiße-Linie nicht der wichtigste Grund für ihre negative Haltung war. Bei einer allgemeiner gestellten Umfrage aus dieser Zeit beharrten 85 % der interviewten Westdeutschen und sogar 96 % der Westberliner darauf, daß Deutschland einen Anspruch („rightful claim“) auf Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien habe. Anläßlich der Berliner Außenministerkonferenz von Anfang 1954 wurden erneut Westdeutsche und Westberliner zur Deutschlandpolitik befragt. Nur 14 % traten für eine Wiedervereinigung ein, wenn deren Bedingung die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze war. Von 400 Ost-Berlinern und Ostdeutschen, die es gelang, in dieser Zeit ebenfalls zu interviewen, waren auch nur wenige bereit, die Wiedervereinigung um den Preis der Oder-Neiße-Linie zu erreichen!<sup>46</sup>

Die Amerikaner konnten sich also des Beifalls der Deutschen sicher sein, wenn sie für eine Revision eintraten.<sup>47</sup> Da eine tatsächliche Grenzkorrektur nicht wahrscheinlich war, konnten sie überdies die Forderung der Deutschen ohne Risiko unterstützen. Allerdings hatten sie neben der öffentlichen Meinung in Deutschland auch die in Polen und jeweils nicht unbedeutende Minderheiten deutscher und polnischer Abstammung in den USA zu berücksichtigen. Nach Byrnes' Auftritt in Stuttgart Anfang September 1946 berichtete Arthur Bliss Lane, der amerikanische Botschafter in Warschau, daß seine Rede die polnische Regierung verärgert hätte. In Hinblick auf die Stimmung in Polen und

---

<sup>46</sup> Ann und Richard Merritt: *Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949-1955, Urbana etc. 1980*, S. 167f, 175 u. 230f. Zum letzten Beispiel: „Wenige“ meint „only between 10 and 16 per cent“. Es wird aus der Zusammenfassung der Merritts nicht genau deutlich, auf wen sich welche Zahl bezieht, da auch Westdeutsche und Westberliner befragt wurden. Vgl. auch S. 247f: Eine Umfrage von Ende 1954 zur Saar-Frage ergab, daß nur 37 % der Befragten damit rechneten, daß das Saargebiet je wieder zu Deutschland gehören würde, bei immerhin 80 %, die meinten, daß das deutsche Anrecht auf die Saar größer sei als das der Franzosen. „By way of contrast, 42 per cent were certain that the Oder-Neisse territories would be returned eventually to Germany. Furthermore, 72 % felt that Germany ought not to resign itself to their loss, even if this could be made the price of reunification“. Erstaunlicherweise enthalten die Umfragen aus der OMGUS-Zeit relativ wenige Bezüge zur Oder-Neiße-Grenze, vgl. Ann und Richard Merritt: *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945-1949, Urbana etc. 1970*, S. 165f. Im Hinblick auf einen Friedensvertrag war die Grenzregelung im Osten eines der Hauptanliegen der Deutschen. Vgl. S. 90f, 112, 144f u. 189f (Probleme der/mit den Vertriebenen) sowie S. 186, 213 u. 298 (nahezu Einmütigkeit, daß die Vertreibung Unrecht war). Vgl. NA RG 59, 862.00/3-248, American Consul General Hamburg (Groth) - SoS, 144, Comment on Despatch 805 of December 18, 1947, ‚Germany's Eastern Policy‘.

<sup>47</sup> Vgl. Hartenstein: *Oder-Neiße-Linie*, S. 91.

wegen seiner Befürchtung, daß amerikanische Unterstützung für eine Revision das Land „in Rußlands Arme treiben würde“, sprach er sich dagegen aus, offiziell die Rückgabe ehemals deutscher Gebiete zu befürworten. Die Reaktion seines Kollegen in Moskau, Walter Bedell Smith, ließ keine Spur diplomatischer Umschreibung erkennen:

„In our opinion the unavoidable reverse reaction in Poland was not of comparable importance in long-range future of Europe. Poland is already under Soviet domination, and likely to remain so for a long time to come. Whether or not the Polish people remain or turn still further to the East matters little provided the German people remain faced in other direction. And while I am sure there is no way of inducing Soviet or Polish Gov[ernmen]ts to relinquish the territory in question, if they decide to remain there, a firm stand on principle for the return of at least part of it as much needed agricultural land to Germany would cut the ground out from under German Communists who will of necessity follow the Kremlin line“.<sup>48</sup>

Daß trotz dieser Äußerung die Haltung der Polen nicht gänzlich ohne Belang für die amerikanischen Politiker war, versteht sich vor dem Hintergrund der Befreiungspolitik von selbst. Die Befreiung Polens von der „sowjetisch-kommunistischen Kontrolle“ wurde als langfristiges Ziel der amerikanischen Politik gesehen, wobei die Belastung der Beziehungen zwischen den USA und Polen durch die US-Politik gegenüber Deutschland nicht verkannt wurde:

„The problem is particularly complicated by the Polish-German frontier question. [...] The US position disturbs the Poles, since almost all of them, irrespective of politics, strongly favor the permanent annexation of the former German territories up to the Oder-Neisse Line. The same view is held by the majority of the Polish emigrés and several million Americans of Polish descent“.<sup>49</sup>

---

<sup>48</sup> NA RG 59, 862.00/9-646, 1363 u. 862.00/9-1046, 1384; FRUS 1947, II, Washington 1972, S. 142f u.152. Murphy und sein Stab schlossen sich der Fraktion der amerika-nischen Administration an, die eine Revision unterstützten, ebenda, S. 173. Vgl. Krieger: Clay, S. 186.

<sup>49</sup> FRUS 1950, IV, Washington 1980, S. 1040ff. Vgl. Thomas McCormick: America's Half-Century. US foreign policy in the Cold War, Baltimore 1989, S. 11, und Stephen Garrett: From Potsdam to Poland. American Policy toward Eastern Europe, New

Nicht nur die USA standen hinsichtlich ihrer Haltung zur Oder-Neiße-Linie vor einem Problem. Für die Sowjetunion stellte sich die Situation ähnlich schwierig dar. Wie auch in anderen Bereichen und bei anderen Themen ließ sich bei der Oder-Neiße-Linie in der sowjetzonalen Politik und Propaganda eine prononcierte Doppelgleisigkeit feststellen: Einerseits registrierten die US-Beobachter, wie die Russen in Ostdeutschland versuchten, das Wohlwollen der deutschen Bevölkerung in ihrer Besatzungszone zu erringen, indem sie eine eventuelle Revision in Aussicht stellten. Andererseits verkündeten die sowjetischen Vertreter und ihre deutschen Sprachrohre in der KPD/SED von Anfang an, daß die Deutschen das Leid wiedergutmachen müßten, daß sie ihren Nachbarn im Osten angetan hatten, und daß die „östlichen Völker“ ein natürliches Recht auf Sicherheit vor deutschen Angriffen hätten. Damit wurden die Gebietsverluste begründet und zugleich jegliche Kritik daran für unrechtmäßig erklärt.<sup>50</sup> Im gleichen Maße, wie die sowjetische Führung die Deutschen köderte oder vor den Kopf stieß, setzte sie die Polen unter Druck oder wog sie in Sicherheit.

Das Bemühen, die deutsche Bevölkerung für den Osten zu gewinnen, veranlaßte die deutschen Kommunisten und ihre sowjetischen Förderer wiederholt, „die nationalistische Karte zu spielen“ – sehr zur Besorgnis der Amerikaner natürlich. Auch der SPD-Politiker Otto Grotewohl mahnte in einer Rede im März 1946 „freundliche Beziehungen zur UdSSR [an], die allein für den Verbleib des Ruhrgebiets bei Deutschland eintritt und in der Zukunft sogar bereit sein könnte, eine Korrektur [rectification] der neuen und gänzlich unpopulären Grenze an der Oder und Neiße in Erwägung zu ziehen“. Sie, und nicht die Westmächte, würde letztlich über die Ostgrenze entscheiden.<sup>51</sup> Die beiden CDU-

---

York etc. 1986. In einer Volksabstimmung in Polen am 30. Juni 1946 hatten sich fast 70 %, nach offiziellen Angaben sogar über 90 % für die Oder-Neiße als Grenze ausgesprochen, Hartenstein: Oder-Neiße-Linie, S. 102. Vgl. zur fortdauernden Belastung der polnisch-amerikanischen Beziehungen durch die Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze durch die USA: NA RG 466, USHICOM, Box 1, Info Telegrams, USCOB 1955, 6. Juli, (Warschau) Jacobs - SoS, 6.

<sup>50</sup> NA RG 59, 862.00/9-2845, Murphy - SoS, A-211, und NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/8-2845, Murphy - SoS, 844, Anl. Information Control Intelligence Summary 6 for week ending Aug 17, 1945, vgl. NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/2-2546, Patterson - Byrnes: „The Communist Party has adopted ‚a unified Germany less Silesia‘ as a rallying cry which, of course, means it has the approval of Soviet Military Government.“

<sup>51</sup> NA RG 59, 862.00/3-2045, Murphy - SoS, A-265.

Politiker Jakob Kaiser und Ernst Lemmer bestätigten einem OMGUS-Mitarbeiter gegenüber, daß „die Russen“ ihnen versichert hätten, daß die Grenze nicht definitiv sei, sondern daß der Grenzverlauf „gänzlich von den Deutschen“, also ihrem Wohlverhalten, abhänge.<sup>52</sup> Wie die amerikanischen Beobachter feststellten, erfolgten die Hinweise auf eine eventuelle Revision der Grenze nicht ganz von ungefähr stets vor Wahlen.<sup>53</sup> Die Möglichkeit der Sowjets, eine Revision der Oder-Neiße-Linie zu erwirken, wurde von amerikanischen Außenpolitikern als ein „Trumpf“ für die Sowjetunion gesehen.<sup>54</sup> Moskau allein konnte den Deutschen *in Aussicht stellen*, daß sie zumindest Teile der verlorenen Gebiete zurückerhielten, und sich damit ihr Wohlverhalten, vielleicht sogar ihre Geneigtheit sichern. Daß es gleichzeitig ein böser Affront gegenüber Polen wäre, wenn die Sowjets tatsächlich eine Revision zugunsten Deutschlands durchsetzten, mußte natürlich in Betracht gezogen werden: „A Soviet attempt to entice the Germans at the expense of the satellites could easily lead to serious repercussions in both Poland and Czechoslovakia [...]“<sup>55</sup> So barg die Frage nach der Endgültigkeit der Grenze auch Sprengstoff für die Sowjets. Sie konnten nur entweder die Polen beruhigen und beschwichtigen *oder* die Deutschen umschmeicheln. Daß man sich im US-Außenministerium des Dilemmas für die Sowjetunion bewußt war, geht aus einem Positionspapier zu den deutschen Grenzen hervor: „Whatever difficulties the situation may hold for the West [...], it is a much thornier problem for the Soviets, caught between the Poles and the Germans on the Oder-Neisse question“.<sup>56</sup>

---

<sup>52</sup> NA RG 59, Lot 55 D 374, 26. März 1946.

<sup>53</sup> NA RG 59, Records Central European Division, 1944-1953, Subject Files, 1944-1949, Box 3, G-800 Morris Reports, Memorandum 143, 28. Mai 1946, und Memorandum 181, 15. Okt. 1946; FRUS 1946, V, S. 729 (Murphy, 24. Juni).

<sup>54</sup> NA RG 43, ACC, Box 1, WIR 12, 30. Dez. 1949 („... revision is a Soviet ace ...“), vgl. auch NA RG 59, Lot 55 D 374, 26. März 1946, Memorandum Harris (vgl. Anm. 33).

<sup>55</sup> NA RG 43, ACC, Box 1, WIR 4, 29. Okt. 1949; vgl. NA RG 43, ACC, Box 1, WIR 6, 12. Nov. 1949: Als eine von drei möglichen Erklärungen für die Ernennung des sowjetischen Generals polnischer Herkunft Rokossowskij zum Verteidigungsminister Polens wurde die Absicht des Kremls gesehen, Deutschland auf Kosten Polens zu rehabilitieren, etwa durch die Revision der Grenze, und dabei trotzdem die Kontrolle über Polen sicherzustellen, vgl. auch FRUS 1950, IV, S. 1047. Siehe Thomas Schwartz: *America's Germany. John J. McCloy and the Federal Republic of Germany*, Cambridge, Mass. 1991, S. 67. Der Hohe Kommissar unterschätzte die Zwänge, denen die sowjetische Politik in diesem Punkt unterlag.

<sup>56</sup> NA RG 43, Lot M-88, CFM, Box 81, Proposed Talks, PTS D-3a, 16. Sept. 1953.

Aber trotzdem konnten die Amerikaner diese sowjetische Zwangslage nicht zu ihrem Vorteil machen: Vor der Außenministerrats-Tagung im Frühsommer 1949 riet der in den Westen geflohene ehemalige Vorsitzende der Polnischen Bauernpartei, Stanislaw Mikolajczyk, den Westmächten, die Oder-Neiße-Grenze dort *nicht* anzusprechen: Darauf würde die Sowjetunion nur warten, könnte sie doch dann Änderungen vornehmen und sie mit der westlichen Initiative erklären. Etwa zwei Jahre später plante man für den Fall, daß es zu Gesprächen mit den Sowjets kommen sollte, um Zeit zu gewinnen, Propagandaerfolge zu erzielen und um der UdSSR ein Bild der westlichen Zuversicht zu vermitteln, sofort einige heikle Themen auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Auf einer vier Punkte umfassenden Liste standen als erstes die „östlichen Grenzen“ – doch wurden sie wieder ausgestrichen. Über die Gründe kann man nur Vermutungen anstellen: Eine Erklärung wäre, daß man sowjetische Zugeständnisse für möglich hielt, die auf Kosten Polens gingen, so daß Moskau bei den Deutschen die Sympathien, Washington aber die Verbitterung der Polen ernten würde.<sup>57</sup>

Auch die Kommunisten hatten offensichtlich ein Problem mit der Oder-Neiße-Grenze. Zunächst versuchten die Parteiführer, sie zu verdrängen.<sup>58</sup> Innerhalb der SED gab es aber auch Kritik, jedenfalls ging das aus geheimen Informationen hervor, die dem Murphy-Mitarbeiter Brewster H. Morris vorlagen. Danach soll es im Juni 1946 auf einer Sitzung des SED-Zentralkomitees zu einer „ziemlich heftigen Auseinandersetzung über die gegenwärtige deutsche Ostgrenze“ gekommen sein. Die SED scheine, so Morris, zu erkennen, daß ihr die sowjetische Haltung, sie als endgültig zu bezeichnen, im Verhältnis zur

---

<sup>57</sup> NA RG 43, ACC, Box 37, Documents Miscellaneous., Memorandum of Conversation, 12. Mai, 1949, und NA RG 43, Lot M-88, CFM, Box 61, Steering Group on ETS, ETS D-3/2, 6. Febr. 1951, The Propaganda Approach II. Der zweite Punkt war ebenfalls gestrichen: „a land corridor to Berlin“. Eine andere Erklärung wäre evtl., daß man die Grenzfrage im Osten nicht wieder aufs Tapet bringen wollte, um nicht erneut mit sowjetischen Ansprüchen auf Mitgestaltung der Westgrenze konfrontiert zu werden.

<sup>58</sup> NA RG 59, Records Central European Division, 1944-1953, Subject Files, 1944-1949, Box 3, G-800 Morris Reports, Memorandum 112, 12. März. Auf der 1. KPD-Parteiversammlung in Berlin zu Beginn des Monats sprach Franz Dahlem über die deutsch-französischen Beziehungen. In dem Kontext wandte er sich auch gegen die Abtrennung von Rhein und Ruhr. Morris' Klammervermerk: „As usual, no mention was made of the new eastern German frontier!“ und FRUS 1946, V, S. 505, Murphy, 24. Februar: „Ulbricht naturally accepts the amputation of German territory east of the Oder and Neisse but insists that the rest of the Reich remain intact [...]“

deutschen Bevölkerung sehr schade. Aus einer längeren Ausarbeitung über „Dissens in der SED“ von Ende 1947 geht hervor, daß ebenfalls vor dem ZK von drei innerparteilichen Oppositionsgruppen aus Thüringen berichtet wurde. Die „recht große“ „passive Widerstandsgruppe“ kritisierte dabei unter anderem, daß man sich vor den Polen auf die Knie werfe, aber die Probleme der östlichen Umsiedler nicht einmal erwähne.<sup>59</sup>

Als Folge der Byrnes-Rede, so interpretierte es zumindest Murphy, schwenkte auch die SED auf eine „im allgemeinen“ einer Veränderung gegenüber aufgeschlossenen Haltung ein, „um die Unterstützung der deutschen Bevölkerung zu gewinnen“. Nichtsdestoweniger ging sie nicht so weit, sich oder die sowjetische Führung auf eine Position festzulegen. Weiterhin wurde die Aussicht auf eine eventuelle Änderung davon abhängig gemacht, wie die Entwicklung in Deutschland verlief:

„[...] propaganda treatment of this question may be such as to leave Soviets free to make their final decision either in favor of Germany or Poland, and that attitudes of German and Polish Communists may finally be synthesized in a manner similar to which is apparently being used as regards views of Soviets, German and French communists on the Ruhr”.<sup>60</sup>

---

<sup>59</sup> A, RG 59, Records Central European Division, 1944-1953, Subject Files, 1944-1949, Box 3, G-800 Morris Reports, Memorandum 160, 11. Juli 1946 (Zitat), und NA RG 59, 862.00/12-2047, 649. In letzterem Fall muß man allerdings dazusagen, daß diese Beschwerde im Vergleich zu anderen nur eine deutlich untergeordnete Rolle spielte.

<sup>60</sup> NA RG 59, 862.00/9-1746, Murphy - SoS, 2182. Die letzte Bemerkung bezog sich auf die Ansicht der US-Beobachter, daß Moskau im Zuge seiner doppelgleisigen Politik durch seine Einflußnahme auf die Kommunistischen Parteien in verschiedenen Ländern gleichzeitig unterschiedliche Ziele verfolgen ließ. Die Kommunistischen Parteien sollten sich so in den einzelnen Ländern durch populäre Forderungen beliebt machen und die Macht erobern. Deshalb unterstützten die deutschen und französischen Kommunisten entgegengesetzte Ziele: die einen ebenso vehement die Abtrennung der Ruhr und des Rheinlandes von Deutschland wie die anderen deren Verbleib - jeweils auf Geheiß aus Moskau. Letztendlich blieb die Tür offen für die Kremführung, welche Entscheidung auch immer sie dann traf (Vgl. FRUS 1946, V, S. 505f, Murphy am 24. Februar, und vor allem ebenda, S. 517, Kennan am 6. März, vgl. dazu NA RG 59, Records Central European Division, Box 2, G 710, 26. März, Memorandum Harris, wie Anm. 33). Vgl. zur Reaktion ostdeutscher Spitzenfunktionäre auf die Byrnes-Rede, wie sie sich den amerikanischen Beobachtern darstellte, NA RG 59, 862.00/9-2746, Murphy - SoS, 7165, Four-Zonal Press Review.

Allerdings hatte Ulbricht schon vor der Ansprache von Byrnes angedeutet, daß nicht das gesamte Gebiet unter polnischer Verwaltung verloren sein müßte. Als er in einer Rede im Frühjahr 1946 gegen die Abtrennungspläne im Westen antrat und die Einheit Deutschlands einklagte, nahm er nur Schlesien aus, woraus David Harris, der Special Assistant von Murphy, schloß, daß die östlich der Oder gelegenen Gebiete zurück an Deutschland gegeben werden könnten, „and certainly he would not have so described his exception without Soviet approval“.<sup>61</sup> Auch nach Morris' Darstellung waren die Kommunisten schon vor der Byrnes-Rede öffentlich zugunsten einer Grenzkorrektur eingetreten. Er konnte im Frühjahr 1946 deutlich ihre neue „Propagandalinie“ erkennen. Offensichtlich rechneten sie sich sowjetische Unterstützung für eine Grenzkorrektur aus. Mit seiner Aussage zur Oder-Neiße-Linie hatte Byrnes indessen offenbar einen Nerv getroffen. Der sowjetische Außenminister Molotow sah sich genötigt, ein offizielles Statement abzugeben, in dem er den aktuellen Grenzverlauf bekräftigte. Damit fuhr er der kommunistischen Propaganda – wohl eher gezwungenermaßen – in die Parade. Aus Karlshorst kam die Aufforderung, die sich nach Morris' Einschätzung an alle Parteien richtete, „that ,there must be no further discussion of the eastern frontier at the present time!“ Morris frohlockte, daß nun die SED und die KPD „auf Grund von Molotows offensichtlicher Verpflichtung einen beträchtlichen Teil ihrer Unterstützung“ verlören.<sup>62</sup> Doch während die Sowjets einerseits untersagten, die Frage auf Parteiversammlungen zu diskutieren, und sie auch „Propaganda“ – etwa in Flüchtlingslagern – unterdrückten, lagen den Amerikanern andererseits Informationen vor, daß Gerüchte über eine angebliche Revision der Grenze direkt von Karlshorst ausgestreut wurden.<sup>63</sup>

---

<sup>61</sup> NA RG 59, Lot 55 D 374, 26. März 1946 (wie Anm. 33). Vgl. auch oben das Grotewohl-Zitat.

<sup>62</sup> NA RG 59, Records Central European Division, 1944-1953, Subject Files, 1944-1949, Box 3, Morris Reports II, Memorandum 174, 26. Sept. 1946, u. 179, 9. Okt. 1946.

<sup>63</sup> NA RG 59, 862.00/2-847, Berlin (Muccio) - SoS, A-83. In einem Interview beschrieb Otto Grotewohl die im Potsdamer Abkommen festgelegte Grenze als „eine gute Grundlage für einen Friedensvertrag“, gleichzeitig jedoch wollten die Sowjets den Deutschen entgegenkommen, indem sie eine Reduzierung der Reparationen versprachen; und NA RG 43, ACC, Box2, WIR 22, 3. Oktober 1950, Gerüchte.



In der SBZ/DDR fanden die Kritiker der neuen deutschen Ostgrenze in der CDU ihren Platz – bis sie entweder als „reaktionäre Elemente“ verstoßen oder mundtot gemacht worden waren. Andreas Hermes machte sich und seine Partei bei den Sowjets vor allem mit der Weigerung unbeliebt, die Bodenreform in der aufgetragenen Form bedingungslos gutzuheißen. Doch auch die kritische Haltung, welche die CDU schon unter seiner Führung zur Oder-Neiße-Grenze einnahm, brachte ihr nicht die Sympathien der Besatzungsmacht ein. Hermes' Nachfolger Jakob Kaiser blieb der Linie treu und appellierte auf der ersten Parteiversammlung der CDU-Ost im Juni 1946 an die Alliierten, „die zukünftigen deutschen Grenzen nicht durch das pochende Herz Deutschlands (Ruhr und Rheinland) zu ziehen und die offene Wunde im Osten zu heilen“.<sup>64</sup> Auch und gerade an die CDU richtete sich dann natürlich die Aufforderung der SMAD vom September 1946, „Abstand zu nehmen von allen weiteren Diskussionen über Deutschlands Ostgrenze“.<sup>65</sup> Als Kaiser etwa zwei Jahre nach Hermes ebenfalls abgesetzt wurde, erfuhren amerikanische Vertreter in Deutschland nachträglich, daß auch in diesem Fall seine Opposition gegen die Oder-Neiße-Linie mitursächlich war: Irritiert berichtete ein Mitglied der Jungen Union nach einem Besuch in Berlin im Herbst 1947 dem amerikanischen Konsul in München über das Duckmäusertum der Ost-CDU vor den Russen: „All agreed to everything. Only ‚Sieg Heil‘ was missing.“ Offensichtlich fühlte sich der sowjetische Oberst und Chef der Informationsabteilung der SMAD, Sergej Tulpanow, in Gegenwart dieser willfährigen Truppe gelöst. Auf einer Einladung, welche die Sowjets im Anschluß an den Parteitag für etwa fünfzig CDU-Delegierte gaben, hielt er eine „sehr freundliche Willkommensrede“. In seinem Dankeswort äußerte Kaiser die Hoffnung, daß es angesichts der verbesserten Beziehungen zwischen der CDU und den Besatzungsvertretern möglich sei, „alle unsere Meinungsverschiedenheiten beizulegen“. Als „unser erstes und wichtigstes Problem“ erwähnte er dann die östlichen Grenzen, was alle Anwesenden „elektrisierte“. Tulpanow soll später das Wort noch einmal

---

<sup>64</sup> NA RG 59, 740.00119 Control (Ger)/1-346, Murphy, 1609, Memorandum 73, CDU Trouble with Russians and KPD; NA RG 59, 862.00/6-2246, Murphy - SoS, A-551.

<sup>65</sup> NA RG 59, Records Central European Division, 1944-1953, Subject Files, 1944-1949, Box 3, Morris Reports II, Memorandum 174, 26. Sept. 1946, und NA RG 59, 862.00/9-2746, Berlin (Murphy) - SoS, A-804 (Zitat).

ergriffen und gesagt haben: „Whoever mentions the subject of the Eastern frontiers calls for war“. Auch wenn seine Auskünfte im Grunde wahr seien, neige der Informant bisweilen zur Übertreibung, warnte der Konsul bei der Übersendung des Berichts. Doch diesmal wurde die Darstellung des Nachwuchspolitikers durch einen später abgegebenen Rapport aus Bremen von der Hauptaussage her bestätigt. Danach habe Tulpanow, als Kaiser – bei allgemein guter Stimmung nach reichlichem Alkoholgenuß – die Ostgrenze diskutieren wollte, ihm umgehend das Wort verboten: „He who touches the borders in the East wants war“.<sup>66</sup>

Mit der DDR-Gründung verdichteten sich für die amerikanischen Beobachter in Berlin die Anzeichen, daß es wohl nicht zu sowjetischen Zugeständnissen an den neuen ostdeutschen Staat bezüglich seiner Ostgrenze kommen würde. Schon seit mehr als einem Jahr hätten, so die Auskunft aus einem Weekly Intelligence Report (WIR), die führenden kommunistischen Politiker die Grenze wiederholt als endgültig bezeichnet. Dabei las man aus dem Glückwunschtelegramm, das Stalin anlässlich der Gründung schickte, heraus, daß die DDR eine hervorgehobene Stellung in seinem Imperium einnehmen sollte.<sup>67</sup> Als der Inhalt der Warschauer Erklärung von Anfang Juni 1950 bekannt wurde, in der die polnische und die provisorische DDR-Regierung die Oder-Neiße-Linie als „unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze“ bezeichneten, mutmaßten US-Diplomaten sowohl in Warschau als auch in Moskau, daß die Grenze „tatsächlich zugunsten der DDR verändert werden“ würde (!) Aus Warschau kam außerdem das Gerücht, daß Stettin zur freien Stadt gemacht werden könnte, von der sowohl die Polen als auch die Ostdeutschen Nutzen ziehen würden.<sup>68</sup>

In der Bundesrepublik erhob sich nach der Warschauer Deklaration lauter Protest. Der Bundestag legte am 13. Juni eine

---

<sup>66</sup> NA RG 59, 862.00/9-1647, American Consul München (Bailey) - SoS, 838; NA RG 59, 862.00/12-1047, Berlin (Chase) - SoS (For Murphy), 3698. Schon bevor der Vorfall ein zweites Mal gemeldet wurde, ging man in Berlin bereits davon aus, daß er so stattgefunden hatte. NA RG 59, 862.00/2-248, American Consul Bremen (Altaffer) - SoS, 67, Further Details Concerning the Russian Removal of Jakob Kaiser. Zwar soll Tulpanows Reaktion nur deshalb so heftig ausgefallen sein, weil er selbst fürchtete, von sowjetischen Staatsicherheitsdienst-Mitarbeitern umringt zu sein. Nichtsdestoweniger verlor Kaiser danach sein Vertrauen. Vgl. Rolf Badstübner u. Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 112.

<sup>67</sup> NA RG 43, ACC, Box 1, WIR 8, 26. Nov. 1949.

<sup>68</sup> NA RG 59, Lot 59 D 609, Soviet Zone I, 9. Juni 1950, Moskau (Kirk) - SoS, 1608 (Zitat), und 11. Juni, Warschau (Gallman) - SoS, 797.

„Rechtsverwahrung“ gegen die Erklärung ein, in der er der „sogenannten provisorischen Regierung“ der DDR die Legitimität zur Regelung von Grenzfragen absprach. Auch die Hohen Kommissare der Westmächte ließen verlauten, daß sie die Grenze weiterhin nicht anerkennen würden. Ihre Begründung entsprach der bundesdeutschen Argumentation.<sup>69</sup>

Mit dem Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 erkannte die DDR die angeblich im „Potsdamer Abkommen festgelegte“ Oder-Neiße-Grenze als „Staatsgrenze“ zu Polen an. Ein Offenhalten der Frage schien nun seitens des Kremls nicht mehr erwünscht oder nicht mehr erforderlich, die ostdeutschen Politiker mußten Farbe bekennen. Gerüchte über eine eventuelle Grenzveränderung verstummten: „Since recognition of the Oder-Neisse line as the permanent border has become a requirement for all German Soviet Zone politicians, continuation of the former whispering propaganda would be all but pointless“.<sup>70</sup> Die Bundesregierung bezeichnete das Abkommen in einem Protestschreiben vom 24. August als „null und nichtig“. Die Hohen Kommissare wurden bei ihrem sowjetischen Kollegen vorstellig, um die westliche Ablehnung ganz offiziell und vor allem an der richtigen Adresse kundzutun: bei der verantwortlichen Kontrollmacht der beiden abhängigen Satellitenstaaten.<sup>71</sup>

Bei ihrer internen Bewertung der polnisch-ostdeutschen Vereinbarungen hoben die US-Diplomaten vor allem den Aspekt der

---

<sup>69</sup> Warschauer Deklaration, Rechtsverwahrung und Görlitzer Abkommen in: Ingo Münch (Hg.): Dokumente des geteilten Deutschland, I, Stuttgart 1968, S. 496f; FRUS 1950, IV, Washington 1980, S. 958f; NA RG 59, Lot 59 D 609, Soviet Zone I, 10. Juni, Berlin (Jones) - SoS, 897, „Agreements are believed part of general process of integrating Soviet zone into Soviet political, economic, and military system.“ 12. Juni, Warschau (Gallman) - SoS, 804, und 13. Juni, SoS - American Embassy Warschau, 268. Offensichtlich doch etwas besorgt, daß die entschiedene Stellungnahme McCloy und eines Außenamtssprechers gegen die Erklärung in Polen negative Reaktionen hervorrufen könnte, bemühten sich die amerikanischen Vertreter in Warschau, einen Überblick über die Stimmung der polnischen Bevölkerung zu erhalten. Da es die US-Beobachter zu diesem Zeitpunkt noch für möglich hielten, daß der Grenzverlauf geändert werden könnte, sollte sich die Voice of America zurückhalten und es der Sowjetunion überlassen, „eine Politik zu erklären, die den Polen und den Deutschen gleichermaßen mißfiel.“ [Gallman].

<sup>70</sup> NA RG 43, ACC, Box 2, WIR 22, 3. Okt. 1950 – hier auch der Hinweis, daß die Vertriebenen in Westdeutschland bei allem Haß gegen die Vertreiber fortführen, West und Ost gegeneinander auszuspielen und sich dadurch in eine „zumindest ‚neutrale‘ Haltung zu manövrieren“. Somit würden sie verwundbar für Propaganda aus dem Osten.

<sup>71</sup> NA RG 59, Lot 59 D 609, Soviet Zone I, 11. Sept. 1950, Frankfurt (Hays) - SoS, 2144.

Blockintegration der DDR hervor: Die Warschauer Erklärung und die gleichzeitig abgeschlossenen fünf Abkommen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie Handels- und Finanzfragen wurden im Kontext der übrigen Vereinbarungen gesehen, welche der junge ostdeutsche Staat in dieser Zeit mit anderen Ostblockländern abschloß. Schließlich teilten die Mitarbeiter von HICOG Berlin im Oktober mit, daß jetzt nur noch ein Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR fehlte. Bisher hatten die Sowjets und die Kommunisten vor Wahlen und Referenden stets versucht, durch Anreize die Zustimmung der ostdeutschen Bevölkerung zu erringen. Auch die Möglichkeit einer Revision der Oder-Neiße-Grenze wurde dabei wiederholt eingesetzt. Wegen der für Oktober angesetzten Wahlen mußte den Sowjets und den Kommunisten dann doch eigentlich daran gelegen sein, die Bevölkerung freudig zu stimmen – wie konnte das angesichts des eindeutig unpopulären Grenzvertrages geschehen? In Berlin meinte man, daß die Verträge über wirtschaftliche Kooperation, die zusammen mit der Erklärung unterzeichnet wurden, zu einer verbesserten Konsumgüterversorgung in der DDR beitragen könnten, wodurch die Frustration der Bevölkerung abgebaut würde. Der HICOG-Beamte Howard Jones schloß jedoch nicht aus, daß sich die DDR-Führung sogar einen Propagandagewinn erhoffte, indem sie durch die Verträge die „Gleichberechtigung“ der DDR unterstrichen hatte und westdeutschen Geschäftsleuten verbesserte Handelschancen mit Osteuropa in Aussicht stellen konnte. Andererseits war es auch denkbar, daß die Sowjetunion die Integration der DDR in ihren Orbit zunächst für wichtiger hielt als die Wahlen: Vielleicht wollte sie das gänzlich unbeliebte Thema der Oder-Neiße-Grenze endlich vom Tisch haben, um selbst mit der DDR einen Vertrag abschließen zu können, der frei war von dieser Belastung („liability“). Gespannt richteten die amerikanischen Vertreter in der Folgezeit ihr Augenmerk darauf, ob die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie tatsächlich die Vorbereitung darstellte für einen deutsch-sowjetischen Friedensvertrag.<sup>72</sup>

---

<sup>72</sup> NA RG 59, Lot 59 D 609, Soviet Zone I, 10. Juni, 1950, Berlin (Jones) - SoS, 897; 10. Okt. 1950, Berlin (Morgan) - DoS, 225, und weitere Dokumente in dem Hefter; FRUS 1950, IV, S. 960, 6. Juli: „Outstanding implications of agreements are integration of GDR in orbit's political, economic and possibly security system, *and further preparation for conclusion of peace treaty* or virtual equivalent.“ Hervorhebung A.B. Zur Reaktion der Westmächte vgl. Hartenstein: Oder-Neiße-Linie, S. 93.

An der amerikanischen Haltung und Politik änderte sich nichts mehr: Die Amerikaner blieben im untersuchten Zeitraum bis 1955 dabei, daß die Frage der deutschen Ostgrenze noch offen sei. Nichtsdestoweniger wurden sie nicht aktiv, um eine Änderung herbeizuführen (was ihnen wohl auch unmöglich gewesen wäre). Sie begnügten sich damit, diesen „klaren Verstoß gegen die Potsdamer Erklärung“ zu konstatieren, ohne jedoch auf die Behandlung des Themas sonderlich zu drängen. Im Gegenteil wollten sie es am liebsten vermeiden, falls es mit der neuen Kremelführung zu Viermächtegesprächen kommen sollte: „There appears to us no way of avoiding the frontiers question [...] The U.S. should accordingly seek a defensible, consistent, initial position on the subject“. Ihr Ziel blieb ein vernünftiger, für alle Seiten tragbarer Kompromiß, und wenn sich nebenbei noch ein Propagandaerfolg gegen die UdSSR erzielen ließ, um so besser: „Meanwhile, the unpopularity of the Soviet insistence upon the Potsdam frontiers can be exploited to our advantage“.<sup>73</sup>

Das Thema der deutschen Ostgrenze nach dem Krieg ist insofern wichtig, als das einseitige Vorgehen der Sowjets bei der Festlegung dieser Grenze dazu beitrug, den amerikanischen Politikern und Diplomaten den Eindruck zu vermitteln, daß eine Kooperation zwischen den USA und der UdSSR, zwischen West und Ost offensichtlich nicht möglich war. Die Art, wie US-Politiker diese Frage behandelten, ist überdies interessant als typisches Beispiel für die amerikanische Politik gegenüber dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands (und darüber hinaus gegenüber dem sowjetischen Einflußgebiet in Mittel- und Osteuropa allgemein): Die Entwicklung, in diesem Fall die Vertreibung der Deutschen und die Westverschiebung des polnischen Gebietes bis an die Oder-Neiße-Grenze, wurde hingenommen. Das erfolgte einerseits aus der Erkenntnis heraus, daß die amerikanischen Einflußmöglichkeiten begrenzt waren. Andererseits lagen die Prioritäten der USA jedoch auch woanders. Vorrang hatte stets die Sicherung und Stabilität des eigenen Einflußgebietes. Trotz der geschaffenen Fakten erklärten die Amerikaner die Frage für noch offen, weil und solange sie die Möglichkeit sahen,

---

<sup>73</sup> NA RG 43, Lot M-88, Box 195, Effect of Contractual Arrangements, RPTS D-8/17, 20. April 1951, Current Status of the Potsdam Agreement in Relation to Germany (1. Zitat), und NA RG 43, Lot M-88, CFM, Box 81, Proposed talks, Cods 3a-62, PTS D-3a, 16. Sept. 1953, Supplemental Position Paper on German Frontiers. In diesem Papier wurde angedeutet, daß man für den zukünftigen Frieden eine Korrektur zugunsten Deutschlands für angebracht hielt.

daraus propagandistischen Vorteil zu ziehen. Damit übten die USA Realpolitik im wahrsten Sinne des Wortes aus: Sie erkannten die Fakten an und konzentrierten sich darauf, dort ihre Ziele zu erreichen, wo sie die Macht dazu hatten.

## **Autoren**

- Andreas Malycha Dr. phil., Autor zahlreicher Arbeiten zur Parteien- und Wissenschafts-geschichte
- Anjana Buckow Dr. des., Promotion „Zwischen Propaganda und Realpolitik“. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands (SBZ/DDR) von 1945-1955. Juli 2001
- Ulrich Pfeil Dr. phil., Institut d'Allemand d'Asnières (Université de Paris III-Sorbonne nouvelle)
- Herbert Prieuw Dr. agrar., Ministerialdirigent a.D.
- Hans-Dieter Nover Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Harzland-Staßfurt

## ***Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte***

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)  
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)  
Lehrstuhl für Zeitgeschichte  
Institut für Geschichte  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
06099 Halle

### ***Heft 6 / 1999***

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander Sperk.  
Im Gespräch: Santiago Carrillo

### ***Heft 7 / 2000***

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Robert Grünbaum, Inga Grebe und Matthias Uhl.

### ***Heft 8 / 2000 (Sonderheft)***

Sonderheft mit studentischen Beiträgen zum Thema Holocaust.

### ***Heft 9 / 2001***

Mit Beiträgen von Victor Artemov, Manfred Müller, Daniel Bohse und Carel Horstmeier

### ***Heft 10 / 2001***

Mit Beiträgen von Jan Gerber, Christina Schröder, Jana Wüstenhagen/Karsten Rudolph und Georg Wagner-Kyora

ISSN 1433-7886